

public

Das Magazin für Entscheidungsträger in Politik & Verwaltung

3/2026

GETRÜBTE IDYLLE

ORTSCHEFS IM ZWANGSKORSETT

AS markom | Lautensackgasse 29/11, 1140 Wien
P.b.b. Österreichische Post AG – MZ 26Zo45160 M

Atlassian Platinum Solution Partner · AWS Premier Tier Services Partner

[bytesource]

MEMBER OF
communardo 

SICHERE DIGITALISIERUNG FÜR DEN ÖFFENTLICHEN SEKTOR

Cloud, Atlassian, DevSecOps, Softwareentwicklung & KI für moderne, souveräne und resiliente Verwaltungs-IT.

Cloud & Sovereignty

Sichere Cloud-Transformation, Migration und moderne AWS-Architekturen – inklusive Anforderungen an Datenresidenz und digitale Souveränität.

Moderne Verwaltungsprozesse

Atlassian-Lösungen für Service Management, Zusammenarbeit und transparente digitale Prozesse.

DevSecOps & Softwareentwicklung

Sichere Software-Lieferketten, Automatisierung, CI/CD und individuelle Anwendungen.

KI & Modernisierung

KI sinnvoll in bestehende Prozesse integrieren – unter Berücksichtigung von Governance, Sicherheit und Compliance.

ZERTIFIZIERTE STANDARDS

ISO 9001 · ISO/IEC 27001 · ISO 14001 · TISAX AL3

Für Projekte mit hohen Anforderungen an Informationssicherheit, Datenschutz, Governance und Nachweisbarkeit.

LÖSUNGEN
ENTDECKEN



EDITORIAL

VERANTWORTUNG UNTER NEUEN BEDINGUNGEN

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Wer Bürgermeisterin oder Bürgermeister einer Gemeinde ist, trägt Verantwortung, die unmittelbar bei den Menschen ankommt: für Straßen und Schulen, Kinderbetreuung und Feuerwehr, Energie, Wasser und ein lebenswertes Umfeld. Gleichzeitig steigen die Anforderungen, während vielerorts Budgets und Personal knapper, Handlungsspielräume enger werden. Wie lässt sich unter diesen Bedingungen weiterhin gute kommunale Arbeit leisten?

Diese Frage steht im Mittelpunkt der aktuellen Ausgabe von *public*. Denn gut geführte Gemeinden sind ein wesentlicher Teil eines funktionierenden Staates – Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen zunehmend entscheiden, was möglich ist, was warten muss und wo neue Wege zu beschreiten sind.

Das gilt auch für die Digitalisierung. Wenn Verwaltung und öffentliche Infrastruktur immer stärker von neuen Technologien abhängen, wird digitale Souveränität zu einer Frage der langfristigen Handlungsfähigkeit: Wie können Daten sicher bleiben, Abhängigkeiten reduziert und technologische Entscheidungen nachhaltig getroffen werden? Das sind zentrale Zukunftsfragen.

Auch scheinbar Selbstverständliches wird zur Herausforderung. Die Bargeldversorgung in ländlichen Gemeinden zeigt, wie eng Infrastruktur und Lebensqualität miteinander verbunden sind. Wenn Bankfilialen und Bankomaten verschwinden, geht es nicht nur um eine Zahlungsform, sondern auch um Erreichbarkeit und Teilhabe, um das gesellschaftliche Miteinander und das tägliche, reibungslose Agieren von Handwerk und Gewerbe, der lokalen Wirtschaft.

Die Themen dieser *public*-Ausgabe verbindet daher eine zentrale Frage: **Wie bleibt der öffentliche Sektor handlungsfähig, wenn sich die Rahmenbedingungen verändern?**

Wir werfen einen Blick auf die Herausforderungen – und auf jene Lösungen und Ideen, die zeigen, wie Gemeinden und die Ortschefs auch unter Druck Zukunft gestalten können.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre,



Mag. Andreas Slama, Herausgeber

PUBLIC / RUDOLF FELSER



Andreas Slama,
Herausgeber *public*

- 3 | Editorial
- 5 | Impressum

Coverthema Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

- 6 | **GETRÜBTE IDYLLE** Die Gemeinden mit finanziellen Nöten und legislativen Sachzwängen. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als Dorf-Manager:innen, Vertrauensperson und menschlicher Kummerkasten.
- 9 | **WAHLSIEG** So werden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Österreich gewählt.
- 10 | **INTERVIEW** Bürgermeister Georg Baumann aus Unterach am Attersee über den täglichen Drahtseilakt zwischen Wünschen und Notwendigkeiten, Vorgaben des Bundes, Landes-Verordnungen und angespannten Finanzen.
- 14 | **PORTRÄT** Wie und warum ein zuaugroaster Stuttgarter völlig unplanmäßig Bürgermeister einer kleinen Wienerwaldgemeinde wurde.
- 15 | **INTERVIEW** Christine Oppitz-Plörer blickt auf ihre Zeit als Bürgermeisterin von Innsbruck zurück, die Herausforderungen eines politischen Amtes für eine Frau und Mutter.
- 18 | **BÜRGERMEISTERINNEN** Schon in den ersten Nachkriegsjahren wurden in Österreich die ersten Bürgermeisterinnen an die Spitze einzelner Gemeinden gewählt. Heute gibt es eine Rekordzahl an Ortschefinnen.

Bargeld und Gemeinden

- 20 | **SCHOTTER** In immer mehr Gemeinden sperrt die einzige oder letzte Bankfiliale zu. Zudem müssen viele Kommunen ohne Bankomat auskommen. Fehlendes Bargeld bremst lokale Vereine, Feste und die Wirtschaft.

Schaltstellen der Verwaltung

- 22 | **INTERVIEW** Thomas Prorok, neuer Geschäftsführer des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ), im zweiten Teil seines Antrittsinterviews mit *public* über die Gemeinden als wahre Funktionsebene des Staates.
- 24 | **GEMEINDE-KOOPERATIONEN** Heftig diskutiert und immer wieder als Sparmaßnahme auf kommunaler Ebene ins Spiel gebracht: Gemeinde-Kooperationen. Eine aktuelle KDZ-Studie zeigt, was kommunale Zusammenarbeit für Städte und Gemeinden bringt.

Faire Bezahlung

- 26 | **GASTBEITRAG** Management- und Strategie-Expertin Tanja Losse analysiert den Gender Pay Gap in der österreichischen Verwaltung.

Digitalisierung

- 27 | **DIGITAL UND SOUVERÄN** Österreich und Europa müssen ihre digitale Souveränität forcieren, wird allseits gefordert. Wie es gelingen kann und welche Vorzüge es bringt, wenn die Hoheit über die eigenen Daten im Land bleibt.
- 29 | **GASTKOMMENTAR** Thomas Ledinger, Geschäftsführer des Bundesrechenzentrums, analysiert in seinem Beitrag, warum der Staat seine IT- und Daten-Infrastruktur sowie andere Schlüsseltechnologien selbst bestimmen muss.

- 30 | **DIGITALE SOUVERÄNITÄT** Eine Analyse des BRZ zum Positionspapier „Digitale Souveränität“ des IT-Netzwerks EURITAS.

- 31 | **E-GOVERNMENT** Österreich zählt bei der digitalen Verwaltung zu den Spitzenreitern in der EU. Warum angesichts der KI dennoch Handlungsdruck herrscht, skizziert Stephan Neubauer vom Dienstleister RedHat.
- 33 | **INTERVIEW** Michaela Grüsser und Mathias Cimzar von PIVARO zeigen, wie Business Coaching beim Strukturwandel in der öffentlichen Verwaltung einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Klimawandel

- 34 | **NATURGEFAHREN** Das Umweltbundesamt bietet gemeinsam mit diversen Partnern einen neuen Lehrgang und einen Vorsorgecheck an, die nicht nur auf die Auswirkungen von trockenen Sommermonaten vorbereiten sollen.

Recht & Gesetz

- 37 | **NEUES ENERGIERECHT** RFG-Expertin Marie Sophie Reitinger lotet die Möglichkeiten des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (ElWG) und des Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetzes (EABG) aus.
- 38 | **STRATEGISCHE BESCHAFFUNG** Rechtsanwältin Katharina Kos und Rechtsanwalt Michael Breitenfeldt orten bei der öffentlichen Beschaffung einen Paradigmenwechsel. Denn es zählt nicht mehr allein der Preis als Entscheidungskriterium.

Kurz & Kompakt

35 | PUBLIC RUNDBLICK

- Autonome Busse im Test
- Novelle zur KI in der Verwaltung
- Grödig bekommt neuen Dorfplatz
- Einfachere Kindergartenfinanzierung
- Schlüsseltechnologie für Krisen
- Schutz vor Waldbränden

40 | EVENTS

- Kostenloser Gesundheits-Check für Kinder
- Jungbürgermeister:innen-Treffen in Graz
- Ausstellung „Handwerk als Kunst“
- Der Städtebund auf der Smart Country Convention
- Erfolgsbeispiele für die Gemeindeentwicklung

42 | LEKTÜRE Die *public*-Buchtipps

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber

AS markom Marketing & Kommunikation

Geschäftsführer Mag. Andreas Slama

Verlags- und Redaktionsanschrift

Lautensackgasse 29/11, 1140 Wien

Tel.: +43 664 200 50 09

Internet public-magazin.at

E-Mail andreas.slama@as-markom.at

Chefredaktion Mag. Andreas Slama & Mag. Albert Sachs

Lektorat Mag. Angelika Mählich

Redaktion Alexandra Keller, Max Hofer, Albert Sachs,

Andreas Slama, Gastautoren

Grafik und Layout Thomas Wagner, teamwagner-design.at

Coverfoto Herbert Schmid/retouschert

Abonnement Jahresabo (4 Ausgaben) 16 Euro

Einzelpreis 4 Euro

Druck Gramm & Bytes Medien GmbH

Wienerstraße 12/DG/3, 2120 Wolkersdorf

Die nächste *public*-Ausgabe

erscheint am 16. Dezember 2026



6 | Coverstory

HERBERT SCHMID/RETOUSCHERT



15 | Interview

IKM/V. LERCHER



18 | Bürgermeisterinnen

CEMEDEBRUND/FRAZ CLEISS



20 | Bargeld

GSA/CHRISTIAN HUSAR

Engagement braucht keinen Plan B

Die Bürgermeisterin und Bürgermeister sind das geschäftsführende Organ der Gemeinden. Nüchtern ausgedrückt. Ihr Alltag sieht anders, bunter aus. Ein Amt zwischen „Mädchen für alles“ und Top-Management – und auch ein bisschen Parteipolitik. VON ALBERT SACHS

Diese Männer und Frauen halten Österreich am Laufen. Sie sind das Rückgrat des politischen Systems und der öffentlichen Verwaltung. Das Zentrum unserer Gesellschaft. Das Herz des Zusammenlebens in den Städten und Dörfern. Aber auch Klagemauer und Fußabstreifer, Anlaufstelle für Bitten. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Insgesamt 2.092 Gemeinde gibt es aktuell in Österreich. 1.840 werden von einem Bürgermeister geführt, immerhin 252 Bürgermeisterinnen stehen einer österreichischen Gemeinde vor (Stand Mitte September). Der Anteil der Frauen unter den Ortschefs beträgt damit aktuell 12,0 Prozent. Dazu gesellen sich rund 40.000 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Österreichs Ortschefinnen und Ortschefs verwalten allein 24 Milliarden Euro, die die Gemeinden aus kommunalen Einnahmen generieren. Ein gewaltiger Budgetbrocken. Und doch sind in vielen Gemeinden der Republik die Kassen leer, ist bei der Finanzierung vielfach die Talsohle erreicht. Zum Führen einer Gemeinde sind nicht nur politisches Geschick und ein Gespür für die Menschen gefragt, sondern auch Managementqualitäten.

ANSPRECHPARTNER FÜR ALLE UND ALLES. „Manche würden sagen, die Bürgermeisterin, der Bürgermeister ist die eierlegende Wollmilchsau. In anderen Worten könnte man die Rolle auch als ‚Manager des guten Zusammenlebens‘ oder Zukunftsgestalter vor Ort, beschreiben“, umreißt Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl auf Anfrage von *public* die Rolle der Ortschefinnen und Ortschefs in unserem Land. Pressl weiter: „Die moderne Bürgermeisterin bzw. der moderne Bürgermeister ist Manager und in dieser Rolle der zentrale Ansprechpartner für die Anliegen der Menschen vor Ort. Er ist ein Dienstleister, der mit Hausverstand und Ermessen die Entschlüsse des Gemeinderats umsetzt und sein Ohr bei den Bürgerinnen und Bürgern hat.“

„Wer verstehen will, wie ein Staat wirklich funktioniert, muss sich die Gemeinden ansehen“, sagt Thomas Prorok, Geschäftsführer des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung im *public*-Interview. Österreichs oberster Gemeindeforscher spricht zugleich die zunehmende Last der auf die Kommunen abgewälzten Aufgaben und die immer weiter aufgehende Finanzierungsschere an. „Wenn Ausgaben dauerhaft schneller steigen als Einnahmen, wird der Handlungsspielraum enger.“

Die Aufgaben einer Bürgermeisterin bzw. eines Bürgermeisters in Österreich sind in den jeweiligen Gemeindeordnungen der einzelnen Bundesländer festgeschrieben. „Im Grunde gibt es

in Österreich also neun verschiedene ‚Regelwerke‘, heißt es dazu aus dem gesamtösterreichischen Gemeindebund: „Diese unterscheiden sich zwar in manchen Belangen, die Aufgaben sind aber im Prinzip ähnlich: Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister ist das geschäftsführende Organ der Gemeinde und sorgt für die Ausführung der Beschlüsse des Gemeinderates bzw. der Gemeindevertretung. Außerdem besorgt sie oder er die Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereichs der Gemeinde im Rahmen der Weisungen von Bund und Ländern.“

ENGES FINANZIELLES KORSETT. „Der Handlungsspielraum eines Bürgermeisters wird immer enger“, berichtet angesichts solcher Vorgaben Georg Baumann, Bürgermeister von Unterach am Attersee (ÖVP). „Der Rolle des Bürgermeisters wandelt sich immer mehr vom Gestalter zum Verwalter.“ Gerade in Baumanns Heimatbundesland Oberösterreich scheinen mittlerweile besonders viele Agenden in der Landesverwaltung zentralisiert. Dringend notwendige Zukunftsprojekte, beispielsweise im Tourismus, bleiben deswegen auch auf der Strecke. Gemeindebundchef Pressl, selbst Bürgermeister im niederösterreichischen Ardagger (ÖVP), schlägt in dieselbe Kerbe. „Aktuell ist die wohl größte Herausforderung, mit den geringen finanziellen Mitteln, die den Gemeinden derzeit zur Verfügung stehen, bestmöglich zu gestalten. Dass das im Kleinen immer wieder gelingt, macht uns stolz und zeugt von einem starken Zusammenhalt vor Ort. Außerdem sehen wir: Gemeinsam sind wir stärker – jede Gemeinde kooperiert in irgendeiner Weise mit ihrer Nachbargemeinde. Damit heben wir Effizienz – ohne die lokale Identität der Menschen anzutasten.“

Seit 2023 weisen die österreichischen Gemeinden (ohne Wien) laut dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung ein Defizit von -0,2 Prozent des BIP auf. Damit liegen sie zwar über den Zielvorgaben, tragen aber dennoch auch zum gesamtstaatlichen Defizit bei. Da die Schuldenlast von Bund und Ländern in den vergangenen Jahren massiv gestie-

gen ist, wird von den Kommunen immer wieder gefordert, dass sie mehr zur Budgetkonsolidierung beitragen sollen.

Doch die Situation auf der Einnahmenseite ist in vielen österreichischen Gemeinden angespannt. Beispielsweise führten Steuerreformen und Entlastungspakete des Bundes zwischen 2022 und 2025 zu Mindereinnahmen, die über den Finanzausgleich nur teilweise kompensiert wurden und werden. Auch die allgemeine wirtschaftliche Situation trägt zu den klammen Gemeindekassen bei. Werden in den lokalen Betrieben Arbeitsplätze abgebaut, wandern Unternehmen ab oder schließen sie ihre Tore ganz, fallen Einnahmen aus der Kommunalsteuer weg. Für kleinere Gemeinden zählt da jeder einzelne Arbeitsplatz. Aber auch die ausbleibende Reform der Grundsteuer wirkt sich negativ auf die Gemeindefinanzen aus. Hinzu kommen explodierende Energiekosten und die galoppierende Inflation. Trotz diverser Hilfspakte von Bund und Ländern.

SPAREN, SPAREN, SPAREN. Gleichzeitig steigen die Ausgaben der Gemeinden stärker als ihre Einnahmen, analysiert das KDZ. Ein massiver Kostentreiber ist beispielsweise der Ausbau der Elementarpädagogik. Dieser wird vom Bund und den Ländern vorgegeben, muss aber von den Gemeinden umgesetzt und gemagt werden. Trotz diverser Hilfspakte der übergeordneten Verwaltungsebenen verschärft sich die Situation der Gemeinden weiter. „Einmalige Maßnahmen reichen nicht aus, um die strukturelle Schieflage der kommunalen Finanzen zu beheben“, formuliert Gemeindeforscherin Karoline Mitterer vom KDZ. Gerade Einsparungen bei freiwilligen Leistungen wie Kultur-, Sport- oder Vereinsförderungen seien problematisch, so Mitterer. „Diese Kürzungen sind politisch sensibel und betreffen unmittelbar das gesellschaftliche Leben vor Ort.“

Die Kommunen verschieben dennoch Investitionen, reduzieren Verwaltungskosten und versuchen neue Aufgaben trotz begrenzter Mittel zu stemmen. „Eine Kindergarten-Terrasse muss



» DIE STRUKTURELLEN PROBLEME DER GEMEINDEFINANZEN LASSEN SICH LANGFRISTIG NUR DURCH NACHHALTIGE REFORMEN LÖSEN. «

Gemeinde-Expertin
Karoline Mitterer vom KDZ

warten, Straßen und Gehwege werden nicht saniert, ein Hauptplatz wird nicht umgestaltet, eine Radwegbrücke wird verschoben, ein Veranstaltungs- und Begegnungsbereich im Ortszentrum kann nicht modernisiert werden“, skizzierten im Mai dieses Jahres fünf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in einem Pressegespräch die konkreten Probleme in ihren Gemeinden. „Rund eine Milliarde Euro an kommunalen Investitionen wurden seit Anfang 2025 in den österreichischen Gemeinden aufgeschoben oder abgesagt“, kommentierte Gemeindebund-Präsident Pressl. „Das sind Kindergärten, Straßen, Hauptplätze, Radwegverbindungen und Begegnungsräume und vieles andere mehr. Klar ist: Wenn Gemeinden nicht investieren, fehlen der regionalen Wirtschaft dringend benötigte Aufträge.“ Bei einer Umfrage des Gemeindebundes unter 747 Gemeinden meldeten allein die teilnehmenden

»

Gemeinden knapp 400 Millionen Euro aufgeschobenes Investitionsvolumen und mindestens 1.600 konkrete Projekte. Auf alle Gemeinden Österreichs umgelegt, entspricht das rund 1 Milliarde Euro und mehr als 5.000 Projekten, die seit Anfang 2025 nicht umgesetzt werden konnten.

Mit großen Hoffnungen sind daher die Aussagen von Finanzminister Markus Matterbauer (SPÖ) im Gemeindebund-Podcast verbunden. „Die Umlagen in den verschiedenen Sozialbereichen, aber vor allem für die Gesundheit, fressen die Gemeindefinanzen auf“, so Marterbauer im Gespräch mit Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl. Es spreche viel dafür, Zuständigkeiten und Finanzierungsströme klarer zu ordnen. „Die Gemeinden und Städte stärker von diesem Thema freizuspielen, würde ich grundsätzlich für sinnvoll halten. Wir brauchen Gemeinden und Städte, die finanziell leistungsfähig sind, die eigene Ressourcen haben und die nicht so stark abhängig von den Bundesländern sind.“ Vor allem dürfte den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern quer durch die Republik gefallen, dass der Finanzminister einen wesentlichen Ansatzpunkt in mehr Abgabenaufonomie sieht. Die Gemeinden sollten mehr selbst darüber entscheiden können, welche Einnahmen sie für ihre Leistungen und Investitionen benötigen. Als Beispiele nennt der Finanzminister die Grundsteuer und gewisse Spielräume bei der Grunderwerbsteuer. „Ich plädiere ganz stark für eine finanzielle Stärkung der Gemeinden – und das heißt für mich auch Abgabenaufonomie.“



ICH HABE IM BUDGET NICHTS ZU VERSCHENKEN. «

Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl lud Finanzminister Markus Matterbauer zum Gemeindebund-Podcast

DIE BÜRDE ZWECKGEBUNDENHEIT. In der Vergangenheit lief es eher in die andere Richtung. Einnahmen und Budgets wurden immer mehr an bestimmte Zwecke gebunden, meist sogar gesetzlich fixiert. Rücklagen im Gemeindebudget dürfen intern oft nicht umgeschichtet werden, da sie zweckgebunden sind. Während beispielsweise Geld für Reparaturen des Kanalnetzes auf der hohen Kante liegt, müssen die Gemeinden für laufende Ausgaben mitunter sogar teure Kredite aufnehmen. „Wir fördern so die Banken“, klagt beispielsweise Bürgermeister Baumann aus Unterach.

Die Finanzierung der Gemeinden könnte autonomer gestaltet werden, meint Johannes Pressl zu *public*. Österreichs oberster Kommunalpolitiker sagt weiter: „Die Gemeinden entscheiden zwar über die Ausgaben für die lokale Infrastruktur und Daseinsvorsorge, haben aber gleichzeitig nicht die vollständige Hoheit über ihre Einnahmen.“ Der Gemeindebund-Präsident im Einklang mit vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern: „Auch in der Verwaltung gibt es viele Aufgaben, die die Gemeinden für Bund und Länder übernehmen, ohne die dafür notwendigen Ressourcen zu erhalten. Das macht es schwieriger, vor Ort zu gestalten, weil die Handlungsspielräume für die eigenen Aufgaben dadurch oftmals eingeschränkt sind.“

Eine Optimierung und Entflechtung der Finanzierung wird immer wieder gefordert, um das enge Korsett zumindest

etwas zu weiten. „Grundsätzlich baut unser föderales System der Gemeinden in Österreich auf dem Prinzip der Subsidiarität auf – das bedeutet, dass Entscheidungen und Aufgaben auf der jeweils untersten möglichen politischen Ebene gelöst werden“, betont Pressl. „Das ist immer noch die beste Form der Verwaltung, weil sie garantiert, dass genau jene Ebene die beste Lösung hat, die die Bedürfnisse der Menschen vor Ort am besten kennt.“

KANDIDAT:INNEN AUF DER SCHULBANK. Aber wie wird man in Österreich eigentlich Bürgermeisterin oder Bürgermeister? Durch eine demokratische Wahl – das ist klar. Aber es braucht auch die entsprechenden Qualifikationen. Dazu werden zahlreiche Schulungsmöglichkeiten angeboten, beispielsweise im Rahmen der Verwaltungsakademien in den Bundesländern, durch das KDZ oder in Universitäts-Lehrgängen zu Public Management oder Politik. Auch der Fonds Gesundes Österreich bietet Seminare zu Führungsthemen und Resilienz an, die Landesorganisationen des Gemeindebundes veranstalten Zertifikatsworkshops. Allerdings sind all diese Kurse, Seminare und Lehrgänge keine Voraussetzung für das Amt. „Aufgrund der Aufgabenfülle und den vielseitigen Rahmenbedingungen vor Ort, die keine Gemeinde mit einer anderen vergleichbar machen, wäre es auch denkbar schwierig, in einer Schulung alles abzudecken, was



im Gemeindealltag passiert“, heißt es dazu vom Gemeindebund. „Das Bürgermeisterinnen- und Bürgermeisteramt versteht sich als Ehrenamt, dessen grundlegende Aufgabe es ist, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort bestmöglich zu vertreten.“

Bürgermeisterin und Bürgermeister sind vor Ort zwar Anlaufstelle für Probleme und Problemchen, die Anliegen sind nicht selten mit einer unerfüllbaren Erwartungshaltung der Bevölkerung gepaart. Das Amt genießt aber nach wie vor großes Vertrauen und einiges an Prestige. Gleichzeitig bürdet sich die Ortschefs aber auch eine enorme rechtliche und menschliche Verantwortung auf. Bürgermeisterin oder Bürgermeister ist alles andere als ein „einfacher Job“ und wird zunehmend herausfordernder, wird vielfach betont. In jüngster Vergangenheit war die Kandidat:innensuche daher auch mancherorts schwierig. „Bisher ist es aber noch immer gelungen, eine Kandidatin oder einen Kandidaten zu finden“, wiegelt der Gemeindebund zu einem möglichen Szenario von Gemeinden ohne Oberhaupt ab. „Dieser Fall ist äußerst unwahrscheinlich und bisher noch nicht vorgekommen.“ Rechtlich gibt es ohnedies in den einzelnen Gemeinde-



» ES IST EIN HERAUSFORDERNDES, ABER GLEICHZEITIG SEHR SCHÖNES AMT. «

Martina Berger,
Bürgermeisterin von Schleedorf
im Bezirk Salzburg-Umgebung

ordnungen und Stadtrechten für den Fall des Falles einen Plan B. Die meisten Gemeindewahlordnungen der Bundesländer sehen für den Fall, dass tatsächlich kein Kandidat zur Wahl antritt, vor, dass dann ein Gemeindeoberhaupt aus der Mitte des Gemeinderates und von diesem zu wählen ist. Eine Beschlussfähigkeit würde als letzte Konsequenz die Auflösung des Gemeinderates und Neuwahlen nach sich ziehen.

Hinter dem Bürgermeister-Amt steckt neben einem Schuss Eitelkeit meist viel persönliches Engagement, Verantwortungsbewusstsein gegenüber den

Einwohnerinnen und Einwohnern, der Gesellschaft, der Wille zum Gestalten. Martina Berger (ÖVP) aus Schleedorf, Salzburgs derzeit jüngste Bürgermeisterin, formulierte es jüngst in einem Interview mit den *Salzburger Nachrichten* so: „Die Arbeit ist anstrengend, aber man kriegt viel zurück. Für mich ist es eine sinnvolle und erfüllende Aufgabe – und auch eine sehr vielseitige. Wenn man das gerne macht, ist es einer der schönsten Jobs, die es gibt.“ ■

Link-Tipp

» www.gemeindebund.at/podcast

So werden Bürgermeister:innen in Österreich gewählt

In sechs Bundesländern – Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg – wird die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister in einer Direktwahl gekürt. Dazu können am Wahltag zwei Stimmen abgegeben werden. Mit einer Stimme wählt man eine Partei in den Gemeinderat, mit der anderen stimmt man für eine konkrete Person als Bürgermeister:in ab. Bei Bürgermeisterwahlen gilt das Mehrheitswahlrecht. Falls eine Person im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit erreicht, findet zwei Wochen später eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidat:innen mit den meisten Stimmen statt.

In Wien, Niederösterreich und der Steiermark gibt es keine Direktwahl, sondern das Listenwahlrecht. In diesen drei Bundesländern geben die Wähler:innen ihre Stimme für eine Partei ab, die stärkste Partei schlägt im Gemeinderat eine Kandidatin oder einen Kandidaten als Bürgermeister:in vor. Der

Gemeinderat wählt dann die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister. Beim Rücktritt oder Tod einer Bürgermeisterin oder Bürgermeisters gibt es entweder eine neue Direktwahl oder der Gemeinderat wählt eine/n neue/n Ortschef:in. In den meisten Bundesländern ist die Funktion der Bürgermeisterin, des Bürgermeisters österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern vorbehalten. Die genauen Details zu einer Wahl sind in den jeweiligen Landeswahlordnungen der Bundesländer festgeschrieben.

Wer darf wählen. Auf kommunaler Ebene sind in Österreich alle österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sowie nicht-österreichische EU-Bürgerinnen und -Bürger wahlberechtigt, sofern sie nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Wer wählen gehen will, muss am Wahltag mindestens 16 Jahre alt sein und der Name im abgeschlossenen Wählerverzeichnis eingetragen sein. Wahlberechtigt ist man üblicherweise in jener Gemeinde, in der sich

der Hauptwohnsitz befindet. Im Burgenland genügt ein qualifizierter Wohnsitz im Bundesland. Dieser muss jedoch nachweislich den wirtschaftlichen, beruflichen, familiären oder gesellschaftlichen Lebensmittelpunkt darstellen, wobei zumindest zwei dieser Kriterien erfüllt sein müssen.



QUELLE: ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND (WWW.GEMEINDEBUND.AT), BUNDESKANZLERAMT (WWW.OESTERREICH.GV.AT).

„Es wird um jeden Euro gerungen.“

Unterach am Attersee ist eine Gemeinde mit Traumlage. Doch auch in der vermeintlichen Idylle läuft nicht alles rund. Bürgermeister Georg Baumann (ÖVP) spricht im Interview mit *public* über wachsende Aufgaben, knappe Ressourcen, angespannte Gemeindefinanzen und unerfüllte Wunschprojekte.

INTERVIEW ANDREAS SLAMA

public: Herr Baumann, Sie sind seit 2015 Bürgermeister von Unterach, haben sich damals knapp mit zehn zu neun Stimmen gegen Amtsinhaber Engelbert Gnigler durchgesetzt und damit für einen Wechsel von Rot zu Schwarz in der Gemeinde gesorgt. Welche waren Ihre Ambitionen, in das Rennen zu gehen und die Herausforderung Bürgermeister anzunehmen?

Georg Baumann: Natürlich reift ein solcher Entschluss nicht von heute auf morgen. Es herrschte damals eine gewisse Unzufriedenheit in Unterach, irgendwann habe ich mir gesagt, nur zu schimpfen, ändert nichts. Also habe ich beschlossen, zu kandidieren und wenn ich gewählt werden sollte, in der Gemeinde etwas zu bewegen. Ideen gab es genug. Und ich gebe auch ganz offen zu, dass ich mich gefreut habe, als ich gefragt wurde, ob ich kandidieren will. Das Ego hat also auch eine Rolle gespielt.

Würden Sie sagen, aus persönlicher Sicht und jener der Gemeinde ist es eine Erfolgsgeschichte? Ja, es läuft gut, aber es gibt auch genug Baustellen. Als Bürgermeister ist man für alles verantwortlich, vor allem an allem „schuld“, von den Abgaben bis zu Bauentscheidungen. Der Bürgermeister ist immer die erste Ansprechstelle. Außerdem hat sich das Verhalten der Bevölkerung sehr ins Negative verkehrt, jede Kleinigkeit wird sofort bemängelt und beklagt, während positive Entscheidungen stillschweigend zur Kenntnis genommen werden.

Die Rahmenbedingungen für die Gemeinden, speziell die finanziellen haben sich in der Vergangenheit massiv verändert.

Natürlich spielt die finanzielle Situation der Gemeinde bei der Umsetzung von Projekten eine Rolle. Generell wurde der Spielraum für die Gemeinden immer mehr eingeengt. In Unterach können wir heute beispielsweise bei Spenden an Vereine längst nicht mehr so großzügig sein wie in der Vergangenheit. Früher haben die Vereine einen Antrag gestellt und bekamen dann einen adäquaten Beitrag als Förderung, heute wird um jeden Euro gerungen.

Unterach war finanziell eine Abgangsgemeinde, wie wurde das in den Griff bekommen? Die Rolle als Abgangsgemeinde resultierte aus einer beinahe kuriosen Situation heraus. Auslöser war das Land Oberösterreich, von dem wir ungefragt eine Bedarfszuweisung von 600.000 Euro erhalten haben. Diese mussten wir nach einer Prüfung durch den Landesrechnungshof plötzlich wieder zurückzahlen und landeten so im Status Härteausgleich des Landes. Nachdem wir das Geld aber schon ausgeben hatten, waren wir zum Sparen gezwungen und plötzlich fehlten eben 1.000 Euro an Förderungen hier und 1.500 Euro dort. Keine großen Beträge, aber in Summe macht solches Kleinvieh natürlich auch Mist.

Was genau war geschehen? Wir haben damals plötzlich 600.000 Euro überwiesen bekommen, weil das Land überraschend Förderungen und Bedarfszuweisungen vorgezogen hat. Während die Finanzabteilung des Landes meinte, diese Summe könnte als internes Darlehen verwendet werden, sagte der Landesrechnungshof, sie ist zweckgebunden. Also haben wir den Außenstand für dieses

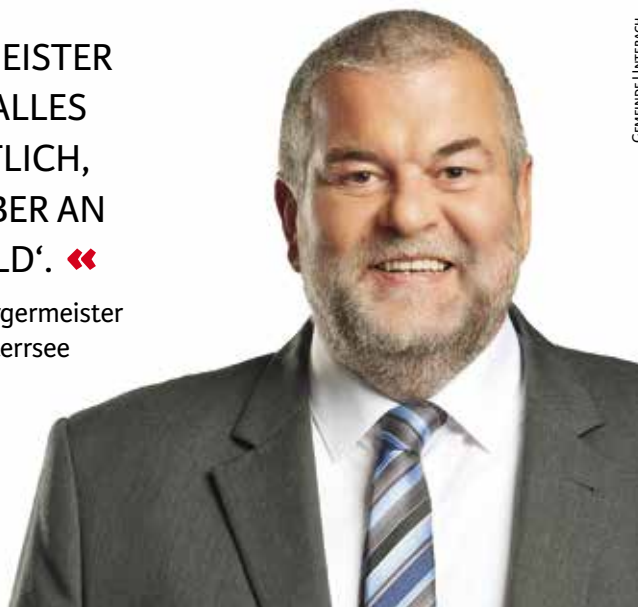
Projekt getilgt, allerdings haben uns die 600.000 Euro dann im operativen Haushalt gefehlt. Es gibt Gemeinden, die verfügen über eine Million Euro an Rücklagen für Kanalreparaturen oder auch den Neubau. Dieses Geld darf für nichts anderes verwendet werden, da es zweckgebunden ist. Aber ein Schaden von einer Million Euro bei einem Kanal, das muss schon ein gewaltiges Loch sein.

Wie sieht die finanzielle Situation in Unterach aus? Die Gemeinde Unterach hat es geschafft, ihren Haushalt zu konsolidieren und ist auch wieder aus dem Härteausgleich des Landes heraus. Mit dem Härteausgleich mussten wir plötzlich jede einzelne Ausgabe hinterfragen, wie weit sie sinnvoll ist, ob sie sich die Gemeinde tatsächlich leisten kann. Auch alle Gebühren und Abgaben, die Berechnungsgrundlagen und Rechnungsläufe mussten wir auf den Prüfstand stellen.

Sehen Sie sich als Bürgermeister, mehr als Manager oder doch noch als Politiker? Das ist eine gute Frage. Es ist ein Unterschied, ob ich in einer Firma eine Ausgabe tätige oder in einer Kommune. In einer Gemeinde tragen viele Überlegungen dazu bei, eine Investition vorzunehmen, obwohl deren Sinnhaftigkeit mit wirtschaftlichen Faktoren wie Umwegrentabilität oder Ähnlichem nicht darstellbar ist. Da geht es auch um das Wohlfühlen, Annehmlichkeiten, Entertainment oder was auch immer. Irgendwo ein Bankerl aufzustellen, hat wirtschaftlich überhaupt keinen Effekt, aber für die Bevölkerung selbst einen großen Wert. Sich beim Spaziergehen hinsetzen zu können, die Landschaft

»
**ALS BÜRGERMEISTER
 IST MAN FÜR ALLES
 VERANTWORTLICH,
 VOR ALLEM ABER AN
 ALLEM ‚SCHULD‘.** «

Georg Baumann, Bürgermeister
 von Unterach am Attersee



GEMEINDE UNTERACH

auf Basis ihrer Zustimmungen oder Einsprüche. Zudem fehlt leider ein Gesetzestext für den Naturschutz, und manches zum Naturschutz wird aus dem Bauch heraus entschieden. Da wird etwas genehmigt, was zehn Meter weiter nicht mehr gilt. Vieles ist für die Bürgerinnen und Bürger unverständlich, weil klare Kriterien fehlen.

Fehlen solche Kriterien auch für die vielen Zweitwohnsitze? Ja, bei 600 bis 700 Zweitwohnsitzen würde beim Angleichen der Nebenwohnsitze an die Hauptwohnsitze viel Geld in die Kassen von Unterach fließen und einen großen Teil unserer Probleme lösen. Eine adäquate Zweitwohnsitz-Abgabe würde die finanzielle Situation der Gemeinde ebenso schlagartig verbessern wie eine Leerstandsabgabe. Die Zweitwohnsitz-Abgabe liegt derzeit bei 360 Euro pro Jahr, davon bleibt nur ein Teil bei der Gemeinde, der Rest geht an das Land, während für einen Hauptwohnsitz knapp 900 Euro anfallen. Strom, Kanal, Wasser usw. müssen für beide funktionieren.

Sie haben angesprochen, dass Unterach kräftig in die Tourismusinfrastruktur investieren müsste.

Gibt es dazu konkrete Pläne? Wir sind seit 1985 keine Tourismusgemeinde mehr, sondern haben in erster Linie Tagestouristen, die aber für Planung sehr schwierig sind, egal ob für die Wirte oder den Bäcker, denn wenn es regnet, kommen keine Tagestouristen. In Unterach gibt es ein paar lokale Probleme, wo Fragen der Raum- und Bauordnung, des Umweltschutzes, der Ortsgestaltung und Ähnliches mehr zu Konflikten führen. Wir würden gerne einen großen Parkplatz im Zentrum zu einem Baugrund umwidmen, dürfen wir aber laut Raumplanung nicht, sondern müssten auf die grüne Wiese ausweichen, um dort ein Wohnhaus oder Hotel hinzustellen. So etwas ist unverständlich und unlogisch, aber das Gesetz sieht es so vor, und die

»

und den See zu genießen, dafür ist es die richtige Entscheidung. Solche Entscheidungen sind immer eine gewisse Gratwanderung, aber auch ein Abwägen von Interessen und Aufgaben, beispielsweise zwischen Gemeinde und Tourismusverband. Auch für den Tourismus bräuchten wir dringend Investitionen, um die Attraktivität von Unterach zu fördern, doch auch die finanziellen Möglichkeiten des Tourismus sind begrenzt. Es ist ein ständiges Ringen, was ist machbar, was ist wirklich wichtig, wo ist Gefahr in Verzug? Die Folge ist ein permanentes Umschichten von einem Vorhaben zum nächsten Projekt. Vieles, was früher selbstverständlich war, können sich Gemeinden heute nicht mehr leisten. Bevor sie eine Gemeinde in den Ruin treiben, muss ich als verantwortlicher Bürgermeister sagen, es geht nicht mehr, wir lassen es.

Was sind die großen, alltäglichen Herausforderungen für einen Bürgermeister, womit muss sich ein Ortschef auseinandersetzen? Die Kinderbetreuung ist mittlerweile ein zentrales Thema. Früher hattest du eine Kindergärtnerin und eine Helferin in der Gruppe, heute gibt es eine Kindergärtnerin, eine Assistentin, eine Helferin, eine Sprachpädagogin,

diese und jene. Allein die Herausforderung, diese Bandbreite an Personal zu stellen, ist gewaltig. Abgesehen von allen anderen Forderungen und Wünschen. Auch die Vorgaben von Land und Bund führen dazu, dass die Gemeinden einen Riesenaufwand für die Kinderbetreuung stemmen müssen.

Wo liegen aktuell die Schwerpunkte Ihrer Tätigkeit? Eine Gemeinde und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten müssen sich wieder verstärkt auf ihre Grundkompetenzen zurückziehen. Das heißt, wir müssen uns in erster Linie darum kümmern, dass der Kanal, die Straßen, die Beleuchtung funktionieren, dass die Gemeindeverwaltung problemlos läuft. Da bleibt leider für anderes sehr wenig über, obwohl es genug zu tun gäbe.

Gemeinden und Bürgermeister stehen auch immer wieder rund um das Thema Umwidmungen und Bauen in der Kritik. Ja, ein Riesenthema. Ich persönlich wäre nicht abgeneigt, wenn das alles das Land übernimmt, denn die Entscheidungsmacht dazu liegt ohnedies schon lange nicht mehr beim Bürgermeister. Heute spielen da mehrere Behörden zusammen, fallen Entscheidungen

Behörden und Beamten entscheiden nach diesem Gesetz. Ein anderes Beispiel ist unser Kindergarten, den wir laut der oberösterreichischen Bauordnung mit einer Wärmedämmung ausstatten und außen ein neues Stiegenhaus anbauen hätten müssen, weil in dem Haus aus dem Jahr 1896 das Stiegenhaus innen um zwei oder drei Zentimeter zu klein war. Abgesehen von den immensen Baukosten, wäre dieses uralte Haus mit einer modernen Wärmedämmung „erstickt“. Zum Glück hatte die damals zuständige Landesrätin den Mut und akzeptierte die „Toleranz“ von wenigen Zentimetern. Aber solche Ermessensentscheidungen traut sich heute kaum noch jemand zu fällen. Auch ich als Bürgermeister habe diesen Ermessensspielraum nicht. Wir müssen die Position der Gemeinden generell wieder stärken.

Wie weit reicht dann heute noch die Freiheit eines Bürgermeisters

bzw. wo fängt seine rechtliche Verantwortung, seine persönliche Haftung an? Nehmen wir als Beispiel einen Bauakt, dazu braucht man heute keinen Sachverständigen mehr, sondern einen Rechtsanwalt. Ähnlich ist das bei vielen anderen Dingen, vom Meldeamt bis hin zur Gebührenverordnung. Ich hafte als Bürgermeister für alles, was aus den Gemeindestuben hinausgeht, und dieser Haftungsrahmen hat sich enorm verschärft. Ich persönlich wurde bei der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue angezeigt, weil es beim Verkauf einer Bootshütte zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein soll. Das wurde sogar vom Rechnungshof durchleuchtet und geprüft. Obwohl wir alle Dokumente und Unterlagen vorgelegt haben, hieß es am Ende, Herr Bürgermeister, Sie haben mit dem Käufer im Vorfeld gesprochen, das ist illegal. Ja, wir haben miteinander gesprochen, aber nicht, um zu mauscheln, sondern

weil es ganz normal ist, dass man im Vorfeld eines solchen Geschäfts über das Verkaufs- und Kaufinteresse spricht, einen möglichen rechtlichen Rahmen absteckt. Da waren auch ein Steuerberater, das Finanzamt und die Gemeindeaufsicht involviert, und im Zuge dieser Vorgespräche sind wir draufgekommen, dass etwas nicht rechtens ist, und haben versucht, es besser zu lösen. Daraus wurde mir ein Strick gedreht. Lösungen zu finden, Kompromisse einzugehen, Fehler zu vermeiden, gilt leider oft als schlecht und böse.

Der Bürgermeister als kommunalpolitischer Wunderwuzzi, der Entscheidungen treffen muss, sich in deren Vorfeld aber nicht informieren, nirgendwo anecken darf, es aber allen recht machen soll? Ja, als Bürgermeister bin ich für alles zuständig, aber noch mehr für alles verantwortlich. Nehmen wir als Beispiel Müll und Kanal. Als Gemeinde sind wir gesetzlich dazu verpflichtet, dabei kostendeckend zu arbeiten. Daher müssen wir gelegentlich die Gebühren erhöhen, natürlich ist der Bürgermeister dann der Böse. Ich kann aber gar nicht anders, wenn ich es nicht tue, bin ich persönlich in der Haftung. Genauso ist es, wenn jemand spezielle Regelungen aushandeln will, was früher oft der Fall war. Zwei Mülltonnen, wo vier hingehören. Nein, das geht nicht, weil es mit dem neuen Softwaresystem auch technisch nicht mehr funktioniert. Mit unserem IT-System Community sind die einzelnen Ämter und Stellen der Gemeinde eng miteinander vernetzt und sorgen so für mehr Effizienz. Wenn jemand ein Gebäude fertigstellt und dort zwei Menschen für einen Hauptwohnsitz anmeldet, dann geht diese Information sofort vom Bau zum Meldeamt und zur Buchhaltung, dort werden automatisch Bescheide für die Kanal-, Wasser-, Müllgebühr und Ähnliches ausgestellt. Damit gibt es nicht nur neue Regeln in der Gebührenordnung, sondern auch mehr Gerechtigkeit.

Unterach am Attersee
verspricht Idylle pur.



HERBERT SCHMID

Abgesehen von neuer Software und einer angepassten Gebührenordnung, wo erschließt Unterach neue Einnahmequellen? Eine wichtige Einnahmequelle ist der Tourismus. 90 Prozent unserer Infrastruktur, unserer noch bestehenden Geschäfte sind dem Tourismus geschuldet und auch die Zweitwohnungsbesitzer haben einen großen Anteil daran, dass es in Unterach noch einen Postpartner gibt, einen Bäcker, einen Spar-Markt, eine Trafik und ähnliches. Wenn, so wie derzeit, der Camping-Platz geschlossen ist, verlieren wir mindestens 25.000 Nächtigungen pro Saison. Das sind 25.000 Menschen, die nicht zum Bäcker gehen, nicht in die Trafik, nicht zum Spar, nicht in die Gastronomie, die sich am Abend keine Pizza holen. Das merken wir massiv.

Wie steht es mit Industrie- und Gewerbebetrieben aus? Dank der Fareva, dem einzigen größeren Industrieunternehmen in unserer Gemeinde, generieren wir auf alle Einwohnerinnen und Einwohner umgelegt eine relativ hohe Kommunalsteuer. Das hat aber auch dazu geführt, dass wir bei der Förderquote durch das Land relativ tief angesiedelt sind, bei 20 Prozent, während Nachbargemeinden bei 60 Prozent liegen. Das heißt, wir zahlen zum einen höhere Abgaben, bekommen zum anderen weniger Förderungen. Damit werden wir doppelt bestraft. Wenn ich als Gemeinde innovativ bin, Betriebsansiedelungen fördere und mehr Kommunalsteuern erziele, werde ich bestraft, indem sofort bei Förderungen gekürzt wird. Ähnlich ist das auch beim Ausbau der Kinderbetreuung, auch da herrscht Ungleichheit. Während beispielsweise eine Krabbelgruppe in Schörfling am anderen Ufer des Attersees mit 75 Prozent gefördert wird, bekommt eine Krabbelgruppe in Unterach eine Förderung von unter 50 Prozent. Das ist nicht nur unlogisch und unverständlich, sondern auch nicht motivierend.

Welche sind abgesehen von der Kinderbetreuung die Projekte, die

»
ES IST EIN UNTERSCHIED, OB ICH IN EINER FIRMA EINE AUSGABE TÄTIGE ODER IN DER GEMEINDE EIN PAUSENBANKERL FINANZIERE. «

Georg Baumann, Bürgermeister von Unterach am Attersee

Unterach mittelfristig angehen will oder muss? Natürlich gibt es Visionen, eine war unser neuer Hauptplatz, der sich immer mehr als verkehrsfreies Ortszentrum, als Flaniermeile etabliert. Ein anderes Projekt ist die Belebung des Platzes vor dem Gemeindeamt und wir müssen Wohnraum schaffen. Nur wenn Menschen in Unterach eine Wohnung finden, tragen sie auch zur Kaufkraft im Ort bei, dazu, dass der Bäcker, Restaurants und Caféhäuser überleben können. Wir müssen aber auch drauf schauen, dass die Polizeiinspektion weiterhin in Unterach bleibt und dafür geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Eine Polizeistation im Ort gibt der Bevölkerung eine riesiges Sicherheitsgefühl.

Wie soll der Tourismus in Unterach wieder angekurbelt werden? Es gibt Pläne für ein neues, großes Hotel. Das würde nicht nur den Tourismus beleben, sondern auch 60 bis 70 Arbeitsplätze schaffen. Für Unterach würde das ein enormes Plus bei der Kommunalsteuer bedeuten. Auch das Seeufer wollen wir attraktiver machen, doch da kommt wieder der Naturschutz ins Spiel, der das verhindert. Aber die Menschen zieht es ans Wasser, zur Schiffsanlagestelle, in einen Hafen. Wir bräuchten auch mehr Bootslegeplätze, aber auch da ist der Naturschutz dagegen. Wir müssen

in der Gastronomie umdenken und diese ankurbeln. Wenn unsere Lokale bestenfalls von Mai bis September geöffnet haben, kommt auch der Tourismus über diesen Zeitraum hinaus nicht in Fahrt. In Oberösterreich wurde im Tourismus vom Land sehr viel zentralisiert, aber es wird zu wenig umgesetzt und an den lokalen Bedürfnissen vorbeigeplant. Nehmen wir das Beispiel Radwege. In Oberösterreich muss die Gemeinde 50 Prozent eines Radweges finanzieren, den Rest zahlt das Land. Aber wenn das Land sagt, deine Gemeinde braucht keinen Radweg, kannst du ihn nicht umsetzen. Wir bräuchten sowohl in der Gemeinde als auch rund um den See dringend einen Radweg, aber das Land sagt konsequent nein.

Wie zufrieden sind Sie generell mit der Förderpolitik des Landes Oberösterreich? Da gäbe es viel Verbesserungspotenzial. Damit ein Projekt überhaupt gefördert wird, muss das Mindestfinanzierungsvolumen 30.000 Euro betragen, egal ob für ein Feuerwehrauto oder etwas anderes. Die Gemeinde muss jedes Projekt vorfinanzieren, denn das Land Oberösterreich zahlt aktuell seine Förderung erst 2031 oder 2032 aus. Das heißt, die Gemeinden fördern über Kredite und Zinsen in großem Stil die Banken. Außerdem kann ich die durch die Zinsen anfallenden Mehrkosten nicht in den Förderantrag einrechnen. Das ist blanker Unsinn.

Wir haben sehr viel über Probleme und Schwierigkeiten gesprochen, doch gibt es auch Positives, das man als Bürgermeister erleben darf? Ich bin stolz darauf, einen so schönen Ort vorstehen zu dürfen, aber auch demütig genug, um zu wissen, dass man nicht überall und bei jedem auf Gegenliebe stoßen wird. Trotzdem hoffe ich natürlich, die Ziele die wir uns gesteckt haben, auch umsetzen zu können. Auf jeden Fall wünsche ich mir, dass meine Zeit als Bürgermeister positive Auswirkungen auf den Ort Unterach hat. ■

Ein Zuagroaster als Ortschef

Im Jahr 1988 spülte sein Beruf den in Stuttgart geborenen Anton Jenzer nach Österreich, 2006 ein Zufall ihn in seine neue Heimatgemeinde Gaaden. Im Herbst 2022 wurde er unplanmäßig in den Gemeinderat berufen, seit Anfang 2023 ist er Bürgermeister. VON ALBERT SACHS

Es verwundert nicht, dass sich unter den 2.092 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Österreichs auch ein paar ganz spezielle Typen finden. Amtsträger:innen mit einer ungewöhnlichen Biografie. Ortschef:innen mit einer nicht ganz alltäglichen Karriere. Anton „Toni“ Jenzer ist ein solcher Exote.

2006. Toni Jenzer und seine Frau suchen ein Haus auf dem Land und in der Nähe von Wien. Zufällig werden sie in der Wienerwald-Gemeinde Gaaden bei Mödling fündig. 1.600 Einwohnerinnen und Einwohner. Trotz der Nähe zu Wien nimmt die Bevölkerungszahl seit einigen Jahren ab. Viel Wald. Sehr ländlich. Ein Steinbruch ist der größte Betrieb der Gemeinde. Der Anninger, ein beliebter Ausflugsberg der Wiener, mit seinen 675 Metern Höhe und der Wilhelmswarte die einzige Attraktion. Gaaden gilt, auch wegen seiner Zweitwohnsitze, als Schlafgemeinde.

UNPLANMÄSSIG ZUM BÜRGERMEISTER. „Dass ich in dieser Gemeinde einmal Bürgermeister werde, wäre mir damals nicht einmal in meinen kühnsten Träumen eingefallen“, verrät Jenzer. Es kam anders. „Ich bin dann völlig

»
**DASS ICH EINMAL
BÜRGERMEISTER
WERDE, WÄRE MIR
NICHT IN MEINEN
KÜHNSTEN TRÄUMEN
INGEFALLEN. «**

Anton Jenzer,
Bürgermeister von Gaaden

unplanmäßig im Herbst 2022 in den Gemeinderat berufen worden, da ein Mandatsträger auf eigenen Wunsch ausschied, und wurde kurz darauf, Anfang 2023 vom Gemeinderat zum Bürgermeister gewählt, da der amtierende Bürgermeister aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niederlegen musste“, berichtet Gaadens amtierender Bürgermeister. Letztendlich setzte sich Jenzer im Jänner 2025 mit der Liste „Wir Gaadener“ auch bei den regulären Gemeinderatswahlen durch, erreichte knapp 54 Prozent der Stimmen und konnte damit die absolute Mehrheit halten. „In der heutigen Zeit, wo in der Politik klare Mehrheiten eher selten geworden sind, ein toller Erfolg, auf den ich sehr stolz bin, der aber auch eine große Verantwortung und Verpflichtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürger mit sich bringt“, kommentiert er.

Als „immer interessiert, aber nie parteipolitisch aktiv“, blickt Jenzer auf seine Vergangenheit zurück. Sein Engagement zeigte der in Stuttgart geborene und aufgewachsene gelernte Tief- und Offsetdruck-Techniker bei anderer Gelegenheit. Nach Jahren in diversen Vorstands- und Geschäftsführerfunktionen auf nationaler und internationaler Ebene führte ihn 1988 seine berufliche Laufbahn nach Österreich, wo Jenzer die Geschäftsführung eines internationalen, im Direct- und Address-Marketing führenden Unternehmens in Wien übernahm. In dieser Rolle gehörte der erfahrene Manager auch 16 Jahre lang dem Vorstand des Dialog Marketing Verband Österreich (DMVÖ) an und führte diesen größten österreichischen Branchenverband der Marketing- und Kommunikationswirtschaft zwölf Jahr lang als dessen Präsident. Zudem fungierte Jenzer acht Jahre

als Vorstandsmitglied des europäischen Marketing Dachverbandes FEDMA mit Sitz in Brüssel.

ENGAGEMENT AUS ÜBERZEUGUNG.

Der freundschaftliche Kontakt zu Gaadens langjährigem Bürgermeister Rainer Schramm begeisterte Jenzer schließlich auch für dessen politische Ziele, er trat ohne Absicht auf eine politische Funktion der Bürgerinitiative „Wir Gaadener“ bei. „Gutes für meine Gemeinde tun, in der meine Familie und ich uns sehr wohl fühlen und die mir mittlerweile ans Herz gewachsen ist“, nennt der ehemalige Manager als seine Motivation. „Ich bin überzeugt, dass jeder Mensch, wenn es ihm selbst halbwegs gut geht, auch der Gemeinschaft etwas zurückgeben sollte – nicht als Verpflichtung, sondern freiwillig und mit Freude.“

Noch heute könne er sich nicht damit anfreunden, als Politiker bezeichnet zu werden, gesteht der mittlerweile 70-jährige Ortschef. „Ich sehe mich einfach als jemanden, der für seine Gemeinde über die Parteigrenzen hinweg Altbewährtes bewahren und Neues schaffen will.“ Nachsatz: „Das war auch einer meiner Wahlkampfslogans.“ Initiativ sein, Dinge bewegen wollen, Organisationsgeschick und auch „eine bisweilen notwendige Stress-Resilienz“ könne er aus seiner Manager-Erfahrung in das Bürgermeisteramt einbringen.

Letztendlich habe er sich auch für die österreichische Staatsbürgerschaft entschieden, um Bürgermeister werden zu können. Jenzer: „Da ich bereits seit Ende 1988 in Österreich lebe und arbeite, fiel mir das insofern relativ leicht, als mir Österreich als ursprünglich zweite Heimat längst zur ersten Heimat geworden ist.“ Ablehnung, gar Res-



»
**ICH BIN ÜBERZEUGT,
 DASS JEDER MENSCH
 DER GEMEINSCHAFT
 ETWAS ZURÜCKGEBEN
 SOLLTE – NICHT ALS
 VERPFLICHTUNG,
 SONDERN FREIWILLIG
 UND MIT FREUDE. «**

sentiments habe er, der Schwabe, der Deutsche, in seiner österreichischen Heimatgemeinde nie wahrgenommen. „Die Gaadnerinnen und Gaadner sind zwar sehr bodenständig und halten viel auf ihre Traditionen. Auf der anderen Seite stelle ich aber immer mit großer Freude fest, dass ‚Zugroaste‘ in den allermeisten Fällen offen, hilfsbereit und freundlich in die Dorfgemeinschaft aufgenommen werden“, freut sich Jenzer. „Es spricht für die Offenheit und Liebenswürdigkeit der Gaadnerinnen und Gaadner, dass wir als ‚Zuagroaste‘ in kürzester Zeit viele gute Freunde und Bekannte gefunden haben. Es sind Freundschaften und Bekanntschaften, die meine Frau und ich sehr schätzen und die wir mit Freude pflegen.“

DIE NUMMER 1 VOM WIENERWALD.

Seinen Kurs zu halten, sich treu zu bleiben und trotzdem in dem einen oder anderen Fall auch eine pragmatische Lösung zu finden, um bei unterschiedlichen Interessenslagen, die

es naturgemäß in einer Gemeinde hie und da gibt, ausgleichend zu wirken, skizziert Jenzer seinen persönlichen und politischen Anspruch. Schon jetzt streicht er, durchaus auch stolz, heraus, „eine der wenigen österreichischen Gemeinde zu sein, die schuldenfrei ist – mittlerweile bekanntlich eine Rarität in Österreich“. Gaaden scheint im Gemeinde-Bonitätsranking, das die wirtschaftliche und finanzielle Kraft einer Gemeinde widerspiegelt, unter den zwanzig Gemeinden im Bezirk Mödling sogar als Spitzentreiter auf. Platz 1 in dieser „Hitparade“ bedeutet mehr als nur einen Prestigeerfolg.

„Die zukünftige Herausforderung besteht darin, angesichts fallender Einnahmen und steigender laufenden Ausgaben die darüber notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, in die Umwelt und damit in die Lebensqualität zu bewerkstelligen“, resümiert Gaadens Bürgermeister: „Sparen ja, aber mit Sinn und Verstand.“ ■

„Kann ein Mann überhaupt Bürgermeister werden?“

Christine Oppitz-Plörer war von 2010 bis 2018 Bürgermeisterin von Innsbruck. Im Interview mit *public* spricht sie über ihren Weg in die Politik, die Jahre als Bürgermeisterin, ein Amt ohne wirklichen Feierabend und die weiterhin geringe Zahl von Frauen in Machtpositionen.

INTERVIEW VON MAX HOFER

public: Frau Oppitz-Plörer, gehen wir in Ihre Kindheit zurück, waren Sie damals schon politisch interessiert?

Christine Oppitz-Plörer: Ja, ich bin in einer politisch interessierten Familie aufgewachsen und habe mich schon in der Schulzeit dafür interessiert, wie die Gesellschaft und das Zusammenleben funktionieren. Später war ich bei meinen Kindern in der Elternvertretung tätig. Auch das ist im Grunde politische Arbeit, man muss einen Bedarf erkennen, Menschen zusammenbringen und

Lösungen finden. Politik bedeutet für mich, Verantwortung wahrzunehmen und zu gestalten. Dazu gehören auch schwierige Entscheidungen.

Im Jahr 2000 wurden Sie als Teil der Wahlliste „Für Innsbruck“ erstmals in den Innsbrucker Gemeinderat gewählt. Wie kam es dazu? Ich war eine Quotenfrau, was in dieser Zeit ganz typisch war. Für seine Wahlliste suchte der damalige Bürgermeister Herwig von Staa noch eine Frau mit

»



Familie und Kindern, die die Bedürfnisse junger Familien kennt. Im Gemeinderat habe ich mich dann vor allem bei Fragen rund um Familien, Frauen und Kinder eingebracht.

Sie waren also eine typische Quotenfrau, haben Sie das auch so gesehen? Eigentlich nicht. Zunächst war ein hinterer Listenplatz für mich vorgesehen. Dann hat eine Frau, die weiter vorne gereiht war, abgesagt und ich wurde gefragt, ob ich auf Platz vier kandidieren würde. Ich habe nicht lange gezögert. Die Arbeit hat sich schnell auf meine Erfahrungen als Mutter fokussiert: Wie kann eine Familie in einer Stadt wie Innsbruck gut leben? Wie lassen sich Beruf und Familie organisieren? Das Thema Quotenfrau war bei mir jedenfalls recht schnell vom Tisch.

Trotz Quoten gibt es in Gremien wie Aufsichtsräten oder in Bürgermeisterämtern noch immer relativ wenige Frauen. Braucht es weiterhin Quoten? Ich denke schon. Inzwischen sind über 20 Jahre seit meiner ersten Wahl vergangen und wir müssen noch immer feststellen, dass gerade in höheren Ämtern viel zu wenige Frauen vertreten sind. Eine Quote kann auch bedeuten, dass sich eine Gesellschaft aktiver auf die Suche nach fähigen Frauen macht. Sonst wäre der Umkehrschluss, nur ein kleiner Anteil der Frauen sei für solche Funktionen geeignet. Es reicht nicht, sich nur den gesamten Gemeinderat anzuschauen. Wenn beispielsweise in Sozialausschüssen fast ausschließlich Frauen

sitzen und in den Finanzausschüssen überwiegend Männer, bleiben die Gestaltungsmöglichkeiten weiterhin unterschiedlich verteilt. Deshalb halte ich eine Verteilung von etwa 40 zu 60 Prozent in wichtigen Gremien für einen möglichen Ansatz.

Das Problem besteht also nicht nur darin, Frauen in die Politik zu bringen, sondern auch in entscheidende Positionen? Genau. Das kann man mit der Situation an den Universitäten vergleichen: Unter den Studierenden haben wir einen sehr hohen Frauenanteil, bei Professorinnen und Professoren ist dieser deutlich kleiner. Da muss man fragen: Wo gehen diese Frauen verloren, wann kehrt sich dieses Verhältnis um? Ähnliches sehe ich in der Politik. Viele Frauen engagieren sich in Stadtteilen, Vereinen und ehrenamtlich. Ich habe immer versucht, sie dazu zu animieren, dorthin zu gehen, wo Entscheidungen tatsächlich getroffen werden. Es macht einen Unterschied, ob man von außen eine Idee einbringt oder selbst darüber entscheidet.

Welche Rolle spielen Familie und Kinder dabei? Eine sehr große. Papamonat, geteilte Karenz und ähnliche Modelle sind wichtig. Trotzdem liegt die Gesamtverantwortung für die Familienorganisation noch oft bei Frauen. Heute nennt man das Mental Load: Kinder, Termine und all die kleinen Dinge, die gleichzeitig organisiert werden müssen. Wenn diese Verantwortung hauptsächlich bei den Frauen liegt, bleibt weniger Kraft und Zeit für politische Funktionen. Gleichzeitig

müssen Frauen auch lernen können, in der Familie Verantwortung abzugeben.

Ihre Vorgängerin als Bürgermeisterin war Hilde Zach. Welche Beziehung hatten Sie zu ihr? Eine sehr gute. Sie war wirklich ein Vorbild und eine Lehrmeisterin. Sie hat Frauen sehr aktiv gefordert. Wenn eine Frau gezweifelt hat, ob sie etwas kann oder ob sie eine Aufgabe übernehmen soll, hat Hilde gesagt: „Probier es. Du darfst auch scheitern.“ Ich sage immer, Gleichberechtigung gibt's, wenn Frauen genauso wie Männer scheitern dürfen.

Hat es Ihnen geholfen, dass Innsbruck bereits vor Ihnen eine Bürgermeisterin hatte? Bei manchen Dingen sicher. Trotzdem war meine persönliche Situation eine andere. Als ich Bürgermeisterin wurde, hatte ich noch schulpflichtige Kinder. Hilde Zach war in einer anderen Lebensphase. Wenn man selbst noch mitten in der Familienorganisation steckt, ist ein solches Amt noch einmal eine zusätzliche Herausforderung. Aber es war sicherlich kein Hindernis für mich, dass Innsbruck vor mir bereits eine Frau an der Spitze hatte. Besonders interessant waren Begegnungen mit Schulklassen. Kinder, die zuerst Hilde Zach und danach mich erlebt haben, kannten über lange Zeit nur eine Frau als Stadtoberhaupt. Irgendwann hat dann ein Volksschulkind gefragt, ob ein Mann überhaupt Bürgermeister werden könne. Das zeigt, wie wichtig Rollenbilder sind und wie Normalität entsteht.

Wie haben Sie Familie und Bürgermeisteramt miteinander vereinbart?

Mit einem guten Familiennetzwerk. Meine Eltern haben mich sehr unterstützt. Dazu kamen große Disziplin und sehr viel Arbeit. Es wäre falsch zu glauben, dass das nebenbei funktioniert.

Waren Sie durch Ihre Jahre im Gemeinderat und als Stadträtin auf das Bürgermeisteramt vorbereitet?

Nur bedingt. Zwischen den Rollen im Gemeinderat, als Stadträtin sowie



WENN IN SOZIALAUSSCHÜSSEN FAST AUSSCHLIESSLICH FRAUEN SITZEN UND IN DEN FINANZAUSSCHÜSSEN ÜBERWIEGEND MÄNNER, BLEIBEN DIE GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN WEITERHIN UNTERSCHIEDLICH VERTEILT. «



WER SICH ÖFFENTLICH BEWEGT, STEHT AUF EINER BÜHNE, DIE DAS WEITERE LEBEN BEEINFLUSSEN KANN. ◀◀

Christine Oppitz-Plörer

Vizebürgermeisterin und Bürgermeisterin liegt ein großer Unterschied. Als Bürgermeisterin steht man nämlich ganz vorne. Bei vielen Entscheidungen ist man letztlich allein verantwortlich. Gleichzeitig ist die Erwartungshaltung der Menschen enorm.

Der amtierende Innsbrucker Bürgermeister, Johannes Anzengruber, stand kürzlich wegen der Nutzung einer KI-unterstützten Datenbrille in der Kritik. Ist die Kritik gerechtfertigt oder die Erwartungshaltung der Menschen zu hoch? Das geht gar nicht, das war eine vollkommene Fehleinschätzung seinerseits.

Zurück zu Ihrer Zeit als Bürgermeisterin. Wie hat damals ein gewöhnlicher Arbeitstag ausgesehen? Ein Arbeitstag als Bürgermeisterin ist im Prinzip ein 24/7-Job. Man trägt die Verantwortung für eine Stadt. Das Arbeitspensum eines Tages reicht von Verhandlungen und Sachthemen über Bürgeranliegen bis zu Repräsentation, Veranstaltungen und Abendterminen. Und fast jeder Termin ist mit einer Erwartung verbunden.

Bleibt man auch außerhalb des Rathauses Bürgermeisterin? Ja. Wenn man das Haus verlässt, ist man Bürgermeisterin oder Bürgermeister. Man wird angesprochen und ich finde das auch richtig. Bei einem Fest kann man nicht jedes Problem ausführlich behandeln, aber wer ein hohes Amt innehat, kann meiner Meinung nach nicht einfach sagen: Jetzt bin ich privat.

Was hat Ihnen das Amt auf der anderen Seite gegeben? Unglaublich viele Möglichkeiten zu gestalten. Man lernt eine Stadt auf eine Weise kennen, wie das sonst kaum möglich ist. Eine wichtige Aufgabe eines Bürgermeisters ist für mich auch, Menschen miteinander zu vernetzen.

Welchen Rat würden Sie jungen Frauen geben, die selbst in die Öffentlichkeit oder in die Politik wollen? Wichtiger als ein Rat ist es, Bewusstsein zu schaffen. Wer sich öffentlich bewegt, steht auf einer Bühne, die das weitere Leben beeinflussen kann. Junge Frauen sollten sich dessen bewusst sein und wertschätzend mit sich selbst umgehen.

Wenn Sie auf Ihre acht Jahre als Bürgermeisterin zurückblicken: Würden Sie heute bestimmte Dinge anders machen? Natürlich. Mit dem Wissen von heute würde ich manches anders angehen. Manchmal ist es aber gut, vorher nicht zu wissen, was auf einen zukommt. Wenn man alle Schwierigkeiten schon kennen würde, würde man manche Projekte vielleicht gar nicht beginnen.

Gibt es Projekte, bei denen Sie besonders sagen würden: Da steht meine Unterschrift darunter? Besonders wichtig war für mich ein Schulprojekt für ein fehlendes Gymnasium in der Höttinger Au, für das ich schon als Stadträtin sehr gekämpft habe. Es war herausfordernd, weil die Kompetenz eigentlich nicht bei der Stadt lag. Gemeinsam mit der

Bürgermeisterin Hilde Zach bin ich deswegen sogar einmal aus dem Büro des damaligen Landeshauptmannes geworfen worden. Schwierig waren hingegen die Straßenbahn und die Patscherkofelbahn. Aber die Alternativen wären noch schwieriger gewesen. Worauf ich auch stolz bin, sind die flächendeckende Tagesbetreuung im Volksschulbereich sowie Projekte wie die Skatehalle oder das Kletterzentrum. Beide Einrichtungen sind aufgrund ihrer Größe europaweit anerkannt und ziehen jeden Tag viele junge Menschen an. Es freut mich, dass ich bei diesen Projekten meinen Teil beitragen konnte. ■

Zur Person

Christine Oppitz-Plörer, geboren 1968 in Innsbruck, studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Innsbruck und ist Mutter zweier erwachsener Kinder. Nach beruflichen Stationen bei den Tiroler Landeskrankenanstalten (heute tiroler kliniken GmbH) begann ihre politische Laufbahn in der Innsbrucker Kommunalpolitik. Im Jahr 2000 zog sie mit der Wahlliste „Für Innsbruck“, die sich 1994 von der örtlichen ÖVP abgespalten hatte, in den Gemeinderat ein. Ab 2002 war sie Stadträtin und 2009 wurde sie Vizebürgermeisterin. Von 2010 bis 2018 stand sie als Bürgermeisterin an der Spitze der Tiroler Landeshauptstadt. Nachdem sie zunächst als Nachfolgerin von Hilde Zach vom Gemeinderat gewählt wurde, konnte sie sich bei den Gemeinderatswahlen 2012, bei der das Stadtoberhaupt zum ersten Mal direkt gewählt wurde, mit Hilfe der Innsbrucker Grünen behaupten. Nach ihrer Niederlage in der Bürgermeisterstichwahl 2018 gegen Georg Willi war sie zunächst wieder Vizebürgermeisterin und später Stadträtin. Heute ist sie weiterhin Mitglied des Innsbrucker Gemeinderats und Teil der oppositionellen Fraktion „Das neue Innsbruck“. Beruflich ist sie als Projektmanagerin bei den tiroler kliniken tätig.

Die politischen Töchter von Maria Rothschedl und Zenzi Hölzl

Österreichs erste Bürgermeisterin amtierte in der Steiermark. Rund acht Jahrzehnte später stellt Niederösterreich die meisten Bürgermeisterinnen der Republik. Im internationalen Vergleich wird der Anteil der Ortschefinnen in Österreich aber als eher gering eingestuft.

VON ALBERT SACHS

In Niederösterreich wird gefeiert. Sabine Tolstiuk (ÖVP) ist die 100. Bürgermeisterin, die aktuell im blau-gelben Bundesland amtiert. Mit der Wahl der neuen Ortschefin von Natschbach-Loipersbach im Bezirk Neunkirchen (rund 1.700 Einwohner:innen) wurde erstmals die Hürde von 100 Bürgermeisterinnen in einem Bundesland erreicht. Tolstiuk tritt die Nachfolge von Günther Stellwag (ÖVP) an, der sich nach zwei Jahrzehnten im Amt in den Ruhestand zurückzieht.

Mit der Wahl von Tolstiuk am 10. September dieses Jahres hätte sich auch beinahe ein Kreis geschlossen. Denn lange galt Kreszenzia „Zenzi“ Hölzl (geb. Luger) als erste Bürgermeisterin Österreichs. Die SPÖ-Politikerin wurde 1948 zur Ortschefin von Gloggnitz,

einer ebenfalls im Bezirk Neunkirchen gelegenen Gemeinde, gewählt. Hölzl übte das Amt bis 1958 aus und wird noch immer in zahlreichen, auch offiziellen Quellen als erste Bürgermeisterin Österreichs geführt.

MINI-AMTSZEIT. Doch tatsächlich gilt in der Gemeindeforschung längst Maria Rothschedl (ÖVP) als erste Bürgermeisterin der Alpenrepublik, die am 1. Juni 1946 als Nachfolgerin ihres Vaters Josef das Amt in der Gemeinde Oberhaag (Steiermark) antrat. „Die steirische Gemeinde Oberhaag bei Arnfels hat die Bauerntochter Maria Rothschedl (sic) zur Bürgermeisterin gewählt“, berichtete damals ausgerechnet die kommunistische *Volksstimme*. Allerdings gab die Kommunalpolitikerin schon nach rund zwei Monaten aus Krankheitsgründen den Bürgermeistersessel wieder ab, weitere Details zu der kurzen Amtszeit sind nicht überliefert. Als Bürgermeister folgt ihr wieder ihr Vater Josef. Ebenfalls noch vor Hölzl wurde 1947 Ottilie Ninaus (geb. Wachter, SPÖ) zur Bürgermeisterin der 1968 aufgelösten Gemeinde Sierling, heute Teil von Stainz (Bezirk Deutschlandsberg, Steiermark), berufen.

Insgesamt 2.092 Gemeinden gibt es aktuell in Österreich. Immerhin 252 werden von einer Bürgermeisterin (Stand: September 2026) geführt. Der Anteil der Frauen unter den Ortschefs beträgt damit derzeit 12 Prozent. Wobei sich diese Angaben ziemlich rasch verändern, da es wegen Pensionierungen, Todesfällen und aus anderen Gründen zu einem permanenten Wechsel an der

Spitze einer der österreichischen Kommunen kommt. Johannes Pressl (ÖVP), Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und selbst Bürgermeister der niederösterreichischen Gemeinde Ardagger, meint, die Zahl der Bürgermeisterinnen im Land lasse sich durchaus noch steigern: „Wir freuen uns über jede Kandidatur und jede Wahl.“

„Vor einigen Jahrzehnten wäre es wohl noch viel außergewöhnlicher gewesen, dass eine Frau dieses Amt übernimmt. Heute sind wir bei 100 – und ich hoffe, dass irgendwann niemand mehr darüber spricht, ob eine Bürgermeisterin oder ein Bürgermeister eine Frau oder ein Mann ist“, erklärte Tolstiuk gegenüber der APA. „Seit meiner ersten Wahl sind mehr als zwanzig Jahre vergangen und wir müssen noch immer feststellen, dass gerade in höheren Ämtern viel zu wenige Frauen vertreten sind“, sagt Christine Oppitz-Plörer, von 2010 bis 2018 Bürgermeisterin von Innsbruck (Liste Für Innsbruck), im Interview mit *public*. „Viele Frauen engagieren sich in Stadtteilen, Vereinen und ehrenamtlich. Aber es macht einen Unterschied, ob man von außen eine Idee einbringt oder selbst darüber entscheidet.“

HOCHRANGIG. Doch die Frauen drängen immer stärker an die Spitze der Gemeindeverwaltungen. Mit Hilde Zach (ÖVP) stand bereits von 2002 bis 2010 eine Bürgermeisterin an der Spitze von Innsbruck. Österreichs derzeit wohl „hochrangigste“ Bürgermeisterin amtiert ebenfalls in einer Landeshauptstadt: Elke Kahr (KPÖ) in Graz.



Maria Rothschedl wurde 1946 erste Bürgermeisterin Österreichs.

SAMMLUNG ROTSCHEDL

Anzahl der Bürgermeisterinnen in Österreich

Bundesland	Zahl der Gemeinden	Anzahl 1999	Anzahl 2004	Anzahl 2010	Anzahl 2014	Anzahl 2015	Anzahl 2016	Anzahl 2017	Anzahl 2018	Anzahl 2019	Anzahl 2020	Anzahl 2021	Anzahl 2022	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025	Anzahl 2026	Frauenanteil Sept. 2026
Burgenland	171 (1999:164)	3	6	6	7	7	9	12	12	12	12	13	17	17	17	17	17	9,9%
Kärnten	132 (1999: 128)	2	4	3	3	7	8	8	8	8	9	10	10	10	10	10	9	6,8%
Niederösterreich	573 (1999: 571)	16	20	42	44	56	63	64	64	69	71	76	79	82	83	96	100	17,5%
Oberösterreich	438 (1999: 445 / 2014: 444 / 2018: 440)	8	11	28	29	34	30	30	30	36	46	47	50	49	50	51	56	12,8%
Salzburg	119	0	3	4	3	3	4	5	5	8	8	9	9	10	14	15	14	11,8%
Steiermark	285 (2024:286/ 1999: 543 / 2014: 539 / 2017: 287)	13	12	27	29	16	17	17	22	23	22	23	25	27	29	26	25	8,8%
Tirol	277 (2021: 279)	2	2	8	11	11	16	17	16	16	17	17	20	19	21	21	22	7,9%
Vorarlberg	96	1	1	2	6	7	7	7	7	9	6	6	6	6	8	9	9	9,4%
Wien	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0%
SUMME	2.092 (2024: 2.093 / 2021: 2.095 / 2019: 2.096 / 2018: 2.098 / 2017: 2.100 / 2014: 2.354)	45	59	120	132	141	154	160	164	178	191	201	216	220	232	245	252	12,0%

QUELLE: GEMEINDEBUND

Niederösterreich stellt in rund 17 Prozent seiner 573 Gemeinden eine Bürgermeisterin und verzeichnet damit auch den höchsten Prozentsatz unter allen Bundesländern. Verglichen mit dem Jahr 2004 hat sich die Zahl an Bürgermeisterinnen im größten Bundesland innerhalb der vergangenen 22 Jahren verfünffacht. Auch im bundesweiten Vergleich weist Niederösterreich den höchsten Anteil an Bürgermeisterinnen auf.

Während die Zahl der Bürgermeisterinnen in den einzelnen Bundesländern von den ersten Nachkriegsjahren kontinuierlich anwuchs, gilt Salzburg als Nachzügler. Die erste Bürgermeisterin im Bundesland wurde mit Sonja Ottenbacher in der Pinzgauer Gemeinde Stuhlfelden erst 2004 und damit 56 Jahre nach der Pionierin Zenzi Hölzl angelobt. Ottenbacher bekleidet die Funktion bis 2024. Die Landeshauptstadt Salzburg hingegen hatte in ihrer gesamten Geschichte noch nie eine Bürgermeisterin. Wien schlägt der Statistik ein Schnippchen: Da in der Bundeshauptstadt der Bürgermeister zugleich Landeshauptmann ist, jedoch bisher ausschließlich Männer amtierten, verzeichnen die Daten für die Donaumetropole permanent einen Anteil an Bürgermeisterinnen von null Prozent.

Im Jahr 1996 waren österreichweit immerhin schon 20 Frauen in dem Amt, darunter Lisbeth Kern (SPÖ), die als Bürgermeisterin von Petzenkirchen (Bezirk Melk) seit 1996 insgesamt sechsmal wiedergewählt wurde und fast drei Jahrzehnte lang Ortschefin blieb. Damit gilt sie bis heute als am längsten dienende Bürgermeisterin Österreichs. Im Februar 2026 übergab Kern ihr Amt schließlich an einen Mann, Günther Sidl (SPÖ).

Nach dem Rückzug von Kern gilt derzeit Regina Schrittwieser aus der steirischen Marktgemeinde Krieglach (Bezirk Bruck-Mürzzuschlag) als die am längsten amtierende Bürgermeisterin des ganzen Landes. Die Agrarökonomin kam 2003 als Spitzenkandidatin ihrer Namensliste Schrittwieser erstmals an die Spitze der Gemeinde.

Nicole Thaller (ÖVP) wiederum ist die derzeit jüngste Bürgermeisterin Österreichs. Die 1965 Geborene führt die Gemeinde Hofkirchen im Traunkreis im Bezirk Linz-Land (Oberösterreich) seit 2021 – damals noch unter Nicole Zehetner-Grasl, seit Mai 2023 als verheiratete Thaller.

HINTERBÄNKLER. Rund 560 Vizebürgermeisterinnen und an die 10.500 Mandatarinnen komplettieren das

Feld der Kommunalpolitikerinnen in Österreich. Zwar wird der „durchaus starke Frauenanteil“ gerne herausgestrichen, doch im internationalen Vergleich gehört Österreich in Sachen Frauenquote in der Kommunalpolitik, insbesondere im Vergleich mit den skandinavischen Ländern, eher zu den Hinterbänkclern.

Die „schwierige Vereinbarkeit mit der Familie“ nannten selbst Bürger- und Vizebürgermeisterinnen 2024 in einer Umfrage des Gemeindebundes als den wichtigsten Grund (75,3 %) für den geringen Frauenanteil im Amt. Dahinter rangieren bei Mehrfachnennung: mangelndes Selbstvertrauen der Frauen (63,9 %) und männlich geprägte Parteikultur (62,0 %).

Beim jüngsten Bürgermeisterinnen- und Vizebürgermeisterinnen-Treffen im Juli in Vorarlberg meinten die gastgebenden Bürgermeisterinnen Katharina Wöß-Krall (Rankweil, ÖVP) und Angelika Moosbrugger (Wolfurt, ÖVP) dennoch: „Frauen gestalten Gemeinden auf vielfältige Weise mit. Wer Verantwortung übernimmt, wird zur sichtbaren Ansprechpartnerin und zum Vorbild für die nächste Generation. Deshalb wollen wir möglichst viele Frauen ermutigen, den Schritt in die Kommunalpolitik zu wagen.“ ■

Nur Bares ist Wahres

Bargeld bleibt für das Funktionieren und Zusammenleben in den österreichischen Gemeinden systemrelevant. Es spielt aber auch für die lokale Wirtschaft, für Vereine und ihre Veranstaltungen eine zentrale Rolle. Doch der Versorgungsgrad mit barer Münze und knisternden Scheinen sinkt. VON ALBERT SACHS

Österreichs Gemeinden geht das Geld aus. Damit ist nicht die angespannte budgetäre Situation gemeint, sondern die lokale Versorgung mit Bargeld. In 36 Prozent der Gemeinden gibt es mittlerweile keine eigene Bankfiliale mehr, in 15 Prozent nicht einmal mehr einen Bankomat. Das geht aus der aktuellen Studie „Bargeldversorgung in den Gemeinden“ hervor, die vom Institut Pitters Trendexpert im Auftrag von Geldservice Austria (GSA) durchgeführt wurde. „Die Ergebnisse machen deutlich, dass Bargeld in den Gemeinden weiterhin einen hohen Stellenwert hat, gleichzeitig aber nicht überall dieselben infrastrukturellen Voraussetzungen bestehen. Besonders sichtbar wird der Handlungsbedarf beim Zugang zu Bankfilialen und Geldausgabegeräten sowie bei der langfristigen Absicherung einer verlässlichen Bargeldversorgung“, fassen Auftraggeber und Studienautoren die Ergebnisse zusammen.

BARGELD EIN SCHLÜSSELTHEMA.

Als größte Hindernisse für die lokale Bargeldversorgung nennen die Befragten – insgesamt nahmen 205 Entscheidungsträger:innen wie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Amtsleiter an der Studie zum Thema Bargeld teil – dann auch die Schließung von Bankfilialen und den Abbau von Geldautomaten. Mehr als 40 Prozent der Befragten sehen in der Bargeldversorgung ein Schlüsselthema für die Zukunft ihrer Gemeinde. 44 Prozent halten den Zugang zu Bargeld für „sehr wichtig“, immerhin weitere 34 Prozent stufen die Versorgung mit Bargeld als „eher wichtig“ ein. Nur ein Prozent meint, diese sei „sehr unwichtig“. Und 57 Prozent der Umfrage-Teilnehmer:innen würden es als „problematisch“ einstufen, sollten in

CHRISTIAN HUSAR



Gerhard Gierer (GSA), Harald Pitters (Studienautor), Matthias Schroth (OeNB), Julia Pitters (Studienautorin) und Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl (v.li.)

ihren Gemeinden künftig Bankfilialen geschlossen werden.

„Bargeld ist weit mehr als ein unverzichtbarer Teil unserer hybriden Zahlungslandschaft. Als derzeit einziges gesetzliches Zahlungsmittel ist es ein wichtiger Faktor für die lokale Wirtschaft“, erklärt Gerhard Gierer, Geschäftsführer der GSA, einer Tochtergesellschaft der Oesterreichischen Nationalbank. „Bargeld garantiert, dass 100 Prozent der Wertschöpfung in der Region und damit im österreichischen Wirtschaftskreislauf bleiben – ein Faktor, der gerade für unsere Gemeinden von enormer Bedeutung ist. Mit unserer aktuellen Umfrage haben wir erhoben, wo auf kommunaler Ebene konkreter Handlungsbedarf bei der Bargeldver- und -entsorgung besteht.“

„Es kann immer besser sein“, erklärt Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl zum Versorgungsgrad der Kom-

munen mit Bankomaten, zeigt sich aber mit dem Wert von 85 Prozent grundsätzlich zufrieden. „Der Gemeindebund hat bei der Bargeldversorgung in den vergangenen Jahren konkrete Fortschritte erreicht: Wir haben gemeinsam mit den Banken die bestehenden Bankomatstandorte bis Ende 2029 abgesichert und danach mit der Oesterreichischen Nationalbank die Initiative für bis zu 120 zusätzliche Geldausgabegeräte in bisher unterversorgten Gemeinden auf den Weg gebracht. 73 davon sind bereits in Betrieb. Für uns ist klar: Bargeld ist Teil einer verlässlichen Daseinsvorsorge und sichert die Wahlfreiheit der Menschen.“

BEZAHLEN FÜR DEN GELDAUTOMAT.

Immerhin rund 8.300 Bankomaten, die von der GSA im Auftrag der österreichischen Banken serviciert werden, gibt es quer durch die Republik verteilt. Dazu gesellen sich jene Geräte, die von privaten Betreibern aufgestellt wer-

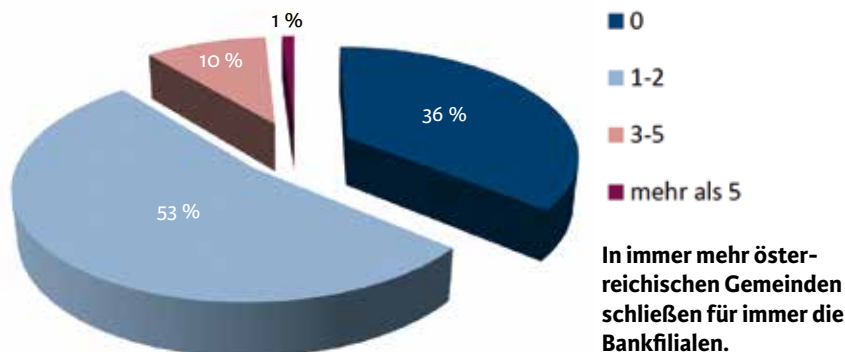
den. In der Vergangenheit zahlten Gemeinden, oft in Kooperation mit dem Tourismusverband und lokalen Unternehmen, sogar dafür, dass in ihrem Ort ein privater Geldausgabeautomat aufgestellt wird. Angesichts des Memorandums, das den aktuellen Stand fixiert und neue Bankomat-Standorte verspricht, habe sich dieser Trend laut Pressl deutlich abgeschwächt.

Die gesetzliche Absicherung eines flächendeckenden Bankomat-Netzes bewerten 66 Prozent der Befragten als „sehr wichtig“, weitere 29 Prozent als „eher wichtig“. Doch in den Gemeindestuben selbst ist das Bankomat-Zeitalter noch immer nicht großflächig angekommen. Auf unter 50 Prozent schätzt Pressl den Anteil jener Kommunen ein, die diese Form des bargeldlosen Bezahlers anbieten.

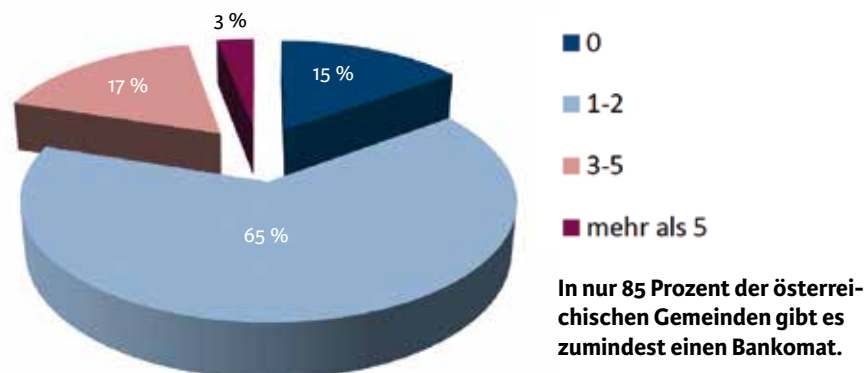
Die Bedeutung von Bargeld wird hingegen, ergibt die GSA-Studie, besonders im regionalen Alltag der Gemeinden deutlich: 98 Prozent halten Bargeld für Vereine, Märkte und Veranstaltungen für unverzichtbar, 89 Prozent finden Bargeld für lokale Klein- und Mittelbetriebe für wirtschaftlich bedeutsam. „Für uns ist das Bargeld der Schmierstoff in der lokalen Wirtschaft“, kommentiert Pressl und fordert, dass Länder und Bund die gesetzlichen Grundlagen schaffen, um auch in Zukunft überall mit Barem bezahlen zu können. Pressl: „Allerdings ist die Wahlfreiheit für uns als Gemeinden ein Grundprinzip, für uns gibt es bei der Form des Bezahlers kein ‚Entweder-oder‘, sondern nur ein ‚Sowohl-als-auch‘.“

Wobei nicht nur die Versorgung mit Bargeld und damit oft auch mit Wechselgeld der entscheidende Faktor ist, sondern mitunter der Aufbewahrung und dem Abtransport der Barschaft nach Geschäftsschluss oder am Ende von Veranstaltungen noch mehr Bedeutung zukommt. „Der Wunsch nach sicherer Bargeldver- und -entsorgung ist in den Gemeinden präsenter denn je“, weiß GSA-Chef Gierer, „Jede dritte Gemeinde hat ein Problem bei der

Mehr als ein Drittel ohne Bankfiliale



15 % der Gemeinden ohne Bankomaten



Wechselgeldversorgung, jede fünfte bei der Bargeldentsorgung.“ Die GSA habe und arbeite an entsprechenden Lösungen für die Gemeinden.

Zu alldem werden laut der Studie weitere Vorzüge von Münzen und Banknoten ins Spiel gebracht: 87 Prozent sehen Bargeld als wichtige Alternative bei möglichen Cyberattacken und ebenso viele als besonders wichtig für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen. Außerdem wird eine funktionierende Bargeldversorgung insbesondere für ältere Menschen und zur Absicherung bei Ausfällen digitaler Zahlungssysteme als essenziell beurteilt. Auch die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Vermittlung eines verantwortungsvollen Umgangs mit Geld an Kinder und Jugendliche werden als relevante Funktionen gesehen.

„Ich mach mir keine Sorgen um das Bargeld als Bezahlform, wir brauchen es in unserem Alltag einfach“, resü-

miert der Gemeindebund-Chef. Pressl weiter: „Aber wir verschließen auch vor neuen, digitalen Formen des Bezahlers nicht die Augen.“

BARGELD IST EINZIGE GESETZLICHE ZAHLUNGSMITTEL. Die Studienergebnisse und die Möglichkeit, zwischen unterschiedlichen Zahlungsformen wählen zu können, seien ein klarer Handlungsauftrag, meint abschließend Matthias Schroth, Direktor der Hauptabteilung Recht, Bargeld und Beteiligungen der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB): „Euro-Bargeld verbindet Wahlfreiheit mit europäischer Souveränität. Es ist das einzige gesetzliche Zahlungsmittel, das durch und durch europäisch ist und dessen gesamte Wertschöpfungskette in Europa verankert ist. Wer Wahlfreiheit und damit Unabhängigkeit beim Bezahlen erhalten will, braucht auch in Zukunft ein starkes Bargeld. Das sicherzustellen, bleibt ein zentrales Anliegen der OeNB.“

„Wer verstehen will, wie ein Staat wirklich funktioniert, muss sich die

Nachdem Thomas Prorok im ersten Teil des Interviews mit *public* meinte, das KDZ kenne auch den Maschinenraum des Staats, sieht er im zweiten Teil des Gesprächs die Gemeinden als die wahre Funktionsebene der österreichischen Verwaltung. INTERVIEW VON ALBERT SACHS

public: Herr Prorok, wie wird man zum Gemeinde- oder Verwaltungsforscher? Das ist ja kein Beruf, hinter dem der große Bubentraum wie Feuerwehrmann oder Lokomotivführer steht?

Thomas Prorok: Wahrscheinlich wird man das tatsächlich nicht mit sechs Jahren aus Berufung. Bei mir war es eher eine Entwicklung. Schon im Studium habe ich mich stark auf europäische Integration und EU-Erweiterung konzentriert. Gleichzeitig habe ich mich auch mit Gemeindeforschung beschäftigt, unter anderem bei dem kürzlich leider verstorbenen Prof. Hans Neuhofer. Bei der Auseinandersetzung mit EU-Fragen wurde ziemlich schnell klar, wie stark Europa die lokale Ebene betrifft.

Rund 70 Prozent des EU-Rechtsbestands haben Auswirkungen auf Städte und Gemeinden. Nach ersten beruflichen Jahren in der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien bin ich schließlich zum KDZ gewechselt. Gemeinde- und Verwaltungsforschung ist für mich deshalb so spannend, weil sie europäische, staatliche und lokale Fragen miteinander verbindet und zugleich sehr konkret ist. Es geht nicht nur um abstrakte Systeme, sondern um Kinderbetreuung, Pflege, Straßen, Budgets, Personal, Transparenz, Bürgerservice und demokratische Handlungsfähigkeit vor Ort. Wer verstehen will, wie ein Staat wirklich funktioniert, muss sich die Gemeinden ansehen.

Das KDZ hat eine starke Tradition, aber natürlich gehört es zu meinen Aufgaben, neue Arbeitsfelder zu erschließen. Ich möchte drei Akzente setzen: erstens einen stärkeren europäischen Fokus, zweitens den Ausbau unserer Daten- und Transparenzkompetenz und drittens die Rolle des KDZ als Brücke zwischen Forschung, Verwaltungspraxis und Innovation. Das betrifft besonders KI, Organisationsentwicklung, Gemeindestrukturen, nachhaltige Haushaltssteuerung und Verwaltungsreform. Gleichzeitig gilt: Wir müssen nicht jedem Trend hinterherlaufen. Entscheidend ist, ob ein Thema einen Beitrag zu einem besseren, handlungsfähigeren Staat leisten kann.



KDZ-Geschäftsführer Thomas Prorok mit seinem Vorgänger Peter Biwald und Stellvertreter Alexander Maimer (v. l.).

Zählen ausschließlich Kommunen zu Ihren „Kunden“ oder sehen Sie darüber hinaus auch noch Handlungsfelder für das KDZ? Gemeinden sind ein zentraler Kern unserer Arbeit, aber nicht das einzige Handlungsfeld. Wir arbeiten auch mit Ländern, Bundesstellen, öffentlichen Unternehmen, europäischen Institutionen und internationalen Partnern. Unsere Mitgliederstruktur zeigt das sehr gut: Städte und Gemeinden, Bundesländer, Verbände, Kammern, Banken und Bildungseinrichtungen unterstützen das KDZ. Das ist für uns wichtig, weil es zeigt, dass Public Value nicht nur auf einer Ebene entsteht. Öffentliche Leistungserbringung ist ein Zusammenspiel vieler Akteure.

Sind Sie mit dem Status quo zufrieden oder gehört es auch zu Ihren Aufgaben, neue Arbeitsfelder für das KDZ zu erschließen?

Wie sehen Sie die österreichische Verwaltung im internationalen Vergleich? Österreich hat eine leistungsfähige Verwaltung, aber sie ist nicht frei von Reformbedarf. International gesehen liegt Österreich vielfach solide, aber nicht immer in der Spitzengruppe. Unser European Public Administration Report zeigt etwa, dass Österreich bei den Kosten der Kernverwaltung mit zirka 1.500 Euro pro Kopf im oberen europäischen Mittelfeld liegt. Beim Government Effectiveness Index der Weltbank erreicht Österreich 1,51 von 2,5 Punkten. Das ist solide, aber kein Spitzenwert. Das bedeutet für mich, es geht nicht um pauschales Sparen. Es geht darum, Strukturen, Prozesse, Digitalisierung, Steuerung und Personaleinsatz wirksamer zu gestalten. Genau hier ist der europäische Vergleich wichtig. Man kann Österreich, österreichische Verwaltungsreform und österreichische Gemeindestrukturen heute

Gemeinden ansehen.“



»
GEMEINDE- UND VER-
WALTUNGSFORSCHUNG
IST FÜR MICH DESHALB
SO SPANNEND, WEIL SIE
EUROPÄISCHE, STAAT-
LICHE UND LOKALE FRA-
GEN MITEINANDER VER-
BINDET UND ZUGLEICH
SEHR KONKRET IST. «

nicht mehr ohne Europa denken. Wir müssen verstehen, wo wir gut sind, wo andere besser sind und welche Modelle für Österreich anschlussfähig sind.

Gibt es auf dieser Basis Handlungsbedarf, und wenn ja, wie dringend ist dieser? Ja, es gibt klaren Handlungsbedarf. Und er ist dringend, weil sich finanzielle, personelle und organisatorische Herausforderungen gegenseitig verstärken. Die Finanzierungsschere der Gemeinden ist ein Beispiel. Wenn Ausgaben dauerhaft schneller steigen als Einnahmen, wird der Handlungsspielraum enger. Wenn

zugleich Personal fehlt und Aufgaben komplexer werden, braucht es strukturelle Antworten. Dazu gehören bessere Aufgaben- und Finanzierungsabstimmung, mehr Transparenz in Transferbeziehungen, gezieltere Kooperationen, neue regionale Modelle und eine stärkere Datenbasis für Entscheidungen.

Können Sie nach den ersten Monaten im Amt schon eine Art erste Bilanz ziehen oder befinden Sie sich noch immer in der Orientierungsphase? Ich kenne das KDZ seit vielen Jahren sehr gut, daher starte ich nicht bei null. Meine erste Bilanz ist sehr positiv. Wir haben ein starkes Team, eine hohe fachliche Breite, engagierte Mitglieder und Partner und sehr relevante Themen. Gleichzeitig ist klar, dass das Umfeld anspruchsvoll ist. Gerade deshalb braucht es ein KDZ, das Orientierung gibt, Reformen konkret macht und Verwaltung bei der Umsetzung unterstützt.

Ist Ihr Vertrag als KDZ-Geschäftsführer zeitlich befristet oder ohne Anlaufzeit angelegt? Die Funktion ist langfristig angelegt. Entscheidend ist für mich aber weniger die Vertragslogik als die Aufgabe. Das KDZ befindet sich in einer wichtigen Phase: Es geht darum, Bewährtes weiterzuführen und gleichzeitig neue Themen und Arbeitsweisen zu entwickeln. Ich sehe meine Aufgabe darin, gemeinsam mit dem Team, dem Vorstand, unseren Mitgliedern und Partnern ein neues Kapitel des KDZ zu gestalten.

Gibt es so etwas wie persönliche Ziele, die Sie mit Ihrer Rolle als KDZ-Geschäftsführer verbinden? Ich möchte das KDZ als zentrale österreichische und europäisch vernetzte Kompetenzstelle für Verwaltungsre-

form, kommunale Entwicklung und öffentliche Steuerung weiterentwickeln. Persönlich ist mir wichtig, dass wir Reformen nicht nur analysieren, sondern umsetzbar machen. Viele der großen Zukunftsfragen entstehen dort, wo Bund, Länder, Städte, Gemeinden und europäische Rahmenbedingungen ineinandergreifen. Das ist Multi-Level-Governance in der Praxis. Genau dort braucht es Institutionen, die übersetzen, vergleichen, analysieren und Brücken bauen. Ein persönliches Ziel ist auch, die Mitgliederbasis des KDZ weiter zu stärken. Jede Mitgliedschaft unterstützt unsere Arbeit für einen handlungsfähigen, demokratischen Staat. Ich möchte das KDZ noch sichtbarer machen als Ort, an dem Wissen, Praxis und Reformwille zusammenkommen.

Wie und wann wollen Sie diese Ziele umsetzen? Nicht mit einem großen Masterplan von oben, sondern Schritt für Schritt und gemeinsam mit dem Team. Einige Themen laufen bereits: der Ausbau von OffenerHaushalt.at und Benchmarking, die Weiterentwicklung von CAF, neue Ansätze bei KI und Budgetprognosen, die Arbeit an Gemeindestrukturen und Kooperationen sowie europäische Vergleichsstudien. Wichtig ist, dass wir Wirkung erzielen. Studien sollen Debatten verbessern, Daten sollen Entscheidungen unterstützen, Beratung soll konkrete Veränderungen ermöglichen und Weiterbildung soll Kompetenzen stärken. Unser Anspruch ist klar: Wir wollen einen Beitrag zu einem leistungsfähigen, resilienten und zukunftsorientierten öffentlichen Sektor leisten. Dafür kennen wir das Cockpit und den Maschinenraum des Staates, in Österreich und in Europa. Das ist unser besonderer Mehrwert, und darauf wollen wir weiter aufbauen. ■

Alleine gut, gemeinsam besser?

Eine neue KDZ-Studie zu kommunalen Kooperationen zeigt, dass Zusammenarbeit für Städte und Gemeinden zunehmend an Bedeutung gewinnt. Auch wenn mit Kooperationen häufig die Hoffnung auf Kostenreduktion verbunden ist, zeigt die Praxis, dass ihr eigentlicher Stellenwert vor allem in der verlässlichen, qualitativ hochwertigen und dauerhaften Absicherung kommunaler Leistungen unter schwieriger werdenden Rahmenbedingungen liegt. Auch die Länder haben dieses Thema aufgegriffen und bieten verstärkt Unterstützung an.

VON MAG. ALEXANDER MAIMER UND ANNA-GABRIELLA NADOLPH, BA, KDZ

Kooperation ist in der kommunalen Diskussion seit Jahrzehnten ein elementares Thema. Neu ist aber, mit welcher Dringlichkeit es angesichts der aktuellen Lage vieler Städte und Gemeinden wieder in den Vordergrund rückt. Städte und Gemeinden stehen unter wachsendem finanziellem, personellem und organisatorischem Druck. Steigende Anforderungen in zentralen Aufgabenbereichen, engere Budgets, höhere rechtliche und fachliche Komplexität sowie personelle Engpässe erschweren die Aufgabenerfüllung. Vor diesem Hintergrund wird Zusammenarbeit für viele Gemeinden nicht mehr nur als zusätzliche Option, sondern zunehmend als strategische Notwendigkeit wahrgenommen. Auch von Seiten der Länder wird dieses Thema aufgegriffen und verstärkt Unterstützung bereitgestellt.

METHODISCHER ZUGANG UND GEGENSTAND DER STUDIE. Im Auftrag des Österreichischen Städtebundes hat das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung im Jahr 2026 eine Studie zum Thema Kooperationen im kommunalen

Kontext durchgeführt. Ziel war es, bestehende Formen interkommunaler Zusammenarbeit systematisch zu analysieren, Erfolgsfaktoren zu identifizieren und Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen. Die Studie basiert auf einem Methodenmix aus Desk Research und qualitativen Interviews. Im Rahmen der Desk Research wurde die einschlägige Literatur zu interkommunaler Zusammenarbeit systematisch aufgearbeitet. Auf dieser Grundlage wurden sechs Good-Practice-Beispiele mit unterschiedlichen Organisationsformen, Aufgabenprofilen und institutionellen Rahmenbedingungen ausgewählt und durch qualitative Interviews mit den beteiligten Praxisakteurinnen und Praxisakteuren vertieft analysiert. Ergänzend wurden Hintergrundgespräche zu rechtlichen, finanziellen und strukturellen Fragestellungen geführt.

Die Bandbreite der untersuchten Modelle reicht von klassischen Gemeindeverbänden über funktional ausgerichtete Kooperationen in einzelnen Aufgabenfeldern bis hin zu zentralen Serviceeinrichtungen und weitergehenden strukturellen Lösungen. Gerade diese Vielfalt ist ein wichtiges Ergebnis der Studie. Kooperation ist kein einheitliches Modell. Sie kann technische, planerische, administrative, soziale oder regionale Aufgaben betreffen und muss daher immer vom jeweiligen Aufgabenprofil, vom räumlichen Kontext und von den beteiligten Akteurinnen und Akteuren hergedacht werden.

WARUM KOOPERATIONEN ENTSTEHEN UND WAS SIE TRAGFÄHIG MACHT. Besonders klar wurde im Lauf der Analyse, dass Kooperationen in der Praxis oft aus anderen Gründen entstehen, als es

die öffentliche Debatte vermuten lässt. Kostensenkung spielt zwar eine Rolle, steht aber meist nicht im Zentrum. Wichtiger ist vielfach die qualitative, personelle und organisatorische Absicherung kommunaler Leistungen. Kooperationen helfen dort, wo spezialisierte Aufgaben allein nur mehr schwer bewältigt werden können, wo Vertretungssicherheit fehlt, wo Investitionen zu groß werden oder wo rechtliche und fachliche Anforderungen zunehmen. Gerade für kleinere Gemeinden liegt der Mehrwert daher oft nicht in rasch messbaren Einsparungen, sondern in stabileren Strukturen, besserer Resilienz und einer verlässlicheren Leistungserbringung.

Ebenso deutlich wurde, dass Kooperationen nicht automatisch dann besonders tragfähig sind, wenn sie aus zwei Gemeinden bestehen und pragmatisch begonnen haben. Solche Lösungen können ein guter Einstieg sein, stoßen aber auf längere Sicht oft an Grenzen. Je komplexer Aufgaben werden, desto wichtiger werden klare Entscheidungsstrukturen, nachvollziehbare Zuständigkeiten und eine Organisation, die nicht allein vom guten persönlichen Verhältnis einzelner Akteurinnen und Akteure abhängt. Aus der vergleichenden Analyse ergibt sich daher ein deutlicher Hinweis darauf, dass Kooperationen vielfach dort besonders tragfähig werden, wo sie stärker regional gedacht und institutionell belastbar gestaltet werden.

WORAUF ES BEI ERFOLGREICHEN KOOPERATIONEN ANKOMMT. Die Studie zeigt mehrere wiederkehrende Erfolgsfaktoren. An erster Stelle steht eine klare Zieldefinition. Erfolgreiche Kooperationen beruhen auf einem gemeinsamen Problemverständnis und

AUTOREN



Alexander Maimer ist im KDZ u.a. Spezialist für Organisationsanalysen und -entwicklungen. **Anna-Gabriella Nadolph** ist auf betriebswirtschaftliche Analysen und Organisationsentwicklung fokussiert.



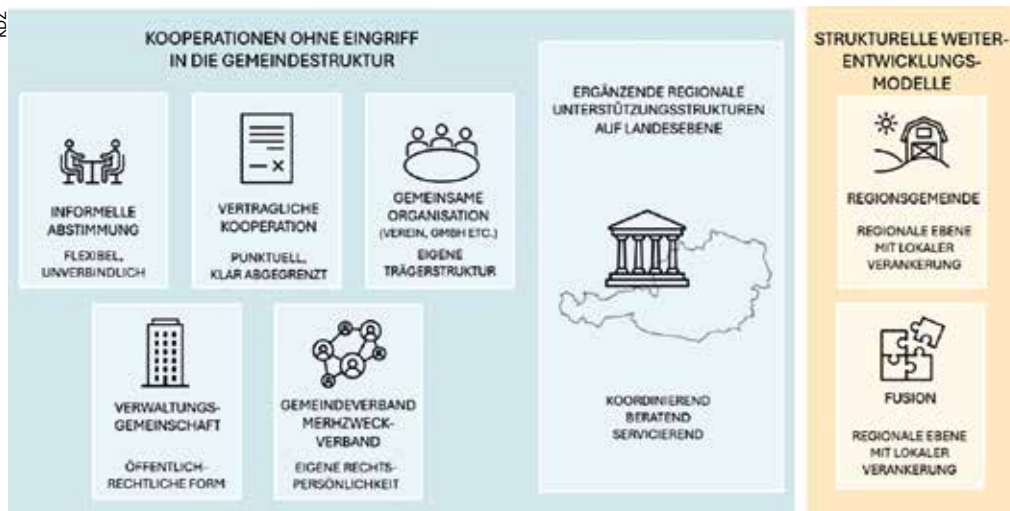
auf nachvollziehbaren Erwartungen aller Beteiligten. Hinzu kommt die Bedeutung tragfähiger Governance-Strukturen. Verbindliche Regeln zu Zuständigkeiten, Entscheidungswegen und Ressourcenverteilung schaffen Stabilität und begrenzen Reibungsverluste. Ebenso wichtig sind Vertrauen und Kommunikation. Langfristige Kooperationen brauchen laufende Abstimmung, gegenseitige Verlässlichkeit und die Fähigkeit, Konflikte konstruktiv zu bearbeiten.

Im Verlauf der Interviews wurde außerdem sichtbar, dass Kooperationen dann besonders gut funktionieren, wenn sie politisch aktiv getragen und organisatorisch professionell vorbereitet werden. Eine Kooperation, die bloß toleriert, aber nicht wirklich unterstützt wird, bleibt anfällig. Gute Beispiele zeigen, dass Vorbereitung, realistische Erwartungen, die frühzeitige Einbindung relevanter Akteurinnen und Akteure und ein schrittweises Vorgehen für den Erfolg oft wichtiger sind als die Wahl eines vermeintlich idealen Modells.

WO KOOPERATIONEN AN IHRE GRENZEN STOSSEN. Trotz ihrer Potenziale sind Kooperationen kein Selbstläufer. Unterschiedliche politische Prioritäten, divergierende Verwaltungslogiken und unklare Verantwortlichkeiten können die Umsetzung erschweren. Ein besonders gewichtiger Befund der Studie betrifft die rechtlichen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen. Die Wahl der Rechtsform wirkt auf den ersten Blick oft wie eine technische Detailfrage. In der praktischen Umsetzung gewinnt sie jedoch große Bedeutung, etwa durch umsatzsteuerrechtliche Unsicherheiten, aufsichtsrechtliche Fragestellungen oder genehmigungsbezogene Hürden. Rechtssicherheit ist damit kein Nebenaspekt, sondern eine Grundvoraussetzung tragfähiger Kooperationen.

Hinzu kommt, dass dauerhafte Institutionalisierung anspruchsvoller ist als projektbezogene Zusammenarbeit. Kooperationen müssen im laufenden Betrieb abgesichert, organisatorisch weiterentwickelt und politisch immer

Zentrale Rechts- und Organisationsformen kommunaler Zusammenarbeit



wieder neu legitimiert werden. Genau darin liegt auch ein Grund, warum Kooperationen trotz ihrer Potenziale vielerorts nicht selbstverständlich entstehen. Sie sind funktional oft plausibel, institutionell und politisch aber deutlich voraussetzungsreicher, als es die Grundidee gemeinsamer Aufgabenerfüllung zunächst vermuten lässt.

WAS KOOPERATIONEN JETZT BRAUCHEN. Für Städte und Gemeinden unterstreicht die Studie die Bedeutung eines strategischen Zugangs. Kooperation sollte nicht nur als Reaktion auf akute Engpässe verstanden werden, sondern als Teil moderner Verwaltungsentwicklung. Dazu gehört, geeignete Aufgabengebiete gezielt auszuwählen, Kooperationen in strategische Planungsprozesse einzubetten und bestehende Modelle regelmäßig zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig spricht vieles dafür, Kooperationen stärker regional zu denken und stärker zu bündeln, wenn mehrere Aufgaben dauerhaft gemeinsam wahrgenommen werden sollen.

Ein ebenso klarer Handlungsauftrag richtet sich an Bund und Länder. Kooperationen können nicht dauerhaft einge-

fordert werden, wenn gleichzeitig rechtliche und steuerrechtliche Hindernisse bestehen bleiben. Soll das Potenzial kommunaler Zusammenarbeit breiter genutzt werden, braucht es weniger symbolische Zustimmung und mehr konkrete Ermöglichung. Dazu zählen ein kooperationsfreundlicher Rechtsrahmen, größere steuerliche Klarheit, verlässliche Beratungs- und Genehmigungsstrukturen sowie eine aktivere Rolle der Länder in Begleitung und Servicierung. Gleichzeitig zeigt die Praxis, dass Kooperationen auch auf kommunaler Ebene professionelle Unterstützung in Konzeption, Prozessgestaltung und Umsetzung benötigen.

Das KDZ-Zentrum für Verwaltungsfor-

schung begleitet Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände in diesem Zusammenhang im Rahmen konkreter Projekte bei der Entwicklung, Strukturierung und Weiterentwicklung interkommunaler Zusammenarbeit. Die Studie zeigt damit ein differenziertes Bild. Kooperation ist kein Allheilmittel. Sie ist aber ein zentrales Instrument, wenn es darum geht, kommunale Leistungsfähigkeit unter veränderten Rahmenbedingungen langfristig zu sichern. ■



Faire Bezahlung ist harte Arbeit

„Ich würde Kinderbetreuung nicht als Arbeit ansehen.“ Mit diesem Satz sorgte Bundeskanzler Christian Stocker bei seiner Sommertour „Österreich im Gespräch“ in Salzburg für Aufsehen. Es folgte quer durch das ganze Land heftige Kritik, ehe er sich entschuldigte. Der landesweite Aufschrei zeigt: Wie wir Arbeit und ihren Wert definieren, ist in Österreich noch lange nicht geklärt.

Und genau diese Debatte trifft gerade auf ein neues Gesetz zu, das Unternehmen zwingt, ihre Vergütung offenzulegen und damit (hoffentlich) den Schritt in eine transparentere, fairere Bezahlung zu gehen. Denn der Gender Pay Gap liegt in Österreich mit 17,6 Prozent noch immer deutlich über dem EU-Schnitt von 11,1 Prozent, in Deutschland sind es zum Vergleich 16 Prozent.

Allerdings sind rund 80 Prozent der österreichischen Unternehmen auf die neue Entgeltgesetzgebung noch nicht ausreichend vorbereitet und unterschätzen den tatsächlichen Aufwand, das birgt rechtliche, strategische und unternehmerische Risiken. Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie ist zwar noch nicht in nationales Recht umgesetzt, wird aber spätestens 2027 kommen. Ich implementiere derzeit ein „faires Gehaltsmodell“, und die Themen „faire Bezahlung“ und „finanzielle Unabhängigkeit“ (insbesondere von Frauen) sind mir ein sehr persönliches Anliegen. Deshalb möchte ich gerne meine Haupteckdaten dazu teilen: Denn „faire Bezahlung“ ist deutlich mehr Arbeit, als wir dachten. Folgende Punkte ergeben sich aus meiner Analyse in den vergangenen Monaten:

1. Der Gender Pay Gap betrifft nicht nur Frauen: Unter den identifizierten unterbezahlten Beschäftigten halten

sich Männer und Frauen beinahe die Waage. Der Unterschied liegt jedoch in der Höhe der Lücke, die bei Frauen im Schnitt deutlich größer ausfällt. Das eigentliche Problem ist deshalb nicht, die Pay Gap an einzelnen Stellen zu schließen – so wichtig das auch wäre –, sondern dafür zu sorgen, dass Frauen in den oberen Gehaltsgruppen stärker vertreten sind, um den Gender Pay Gap wirklich nachhaltig anzugehen. Damit landen wir bei einem strukturellen Problem, das ein Unternehmen nicht allein lösen kann: der Frage nach der Care-Arbeit. Es gibt durchaus Modelle, wie Unternehmen Frauen dabei unterstützen können, nicht in der Teilzeit- oder Care-Arbeitsfalle zu landen. Diese müssen weiter ausgebaut werden.

2. Die neue, transparente Gehaltstabelle ist der kleinste Teil der Arbeit: Eine systematische Struktur mit passenden Gehaltsgruppen und Stufen zu erstellen ist schnell erledigt, die eigentliche Herausforderung ist eine saubere Migrations- und Einstufungslogik. Dazu kommt: Nicht nur das Grundgehalt zählt, sondern auch alle monetären Benefits wie Firmenwagen, Boni,

Prämien und betriebliche Zusatzzahlungen. Das wiederum bedeutet, dass Betriebsvereinbarungen und Arbeitsverträge angepasst werden müssen. Der Rattenschwanz hört hier noch nicht auf.

3. Die Gehaltssystematik bestimmt die Workforce-Strategie: Wen will das Unternehmen halten und gewinnen? Diese Frage muss sich das Management stellen, wenn Jobprofile erstellt und Klarheit über Ist- und Soll-Stand der Kompetenzen gewonnen wird: Welche Skills sind vorhanden, welche werden in drei bis fünf Jahren gebraucht? Am Thema Personalentwicklung kommt man dabei nicht vorbei. Ohne bewusst gesteuerte Aufstiegs- und Beförderungspfade lassen sich Leistungsträger auf Basis objektiver Kriterien nicht individuell entlohnen und motivieren. Pauschale Gleichmacherei wirkt im ersten Moment verlockend, weil sie einfacher erscheint, gefährdet aber die Leistungskultur: Wer seine Vergütung zu stark vereinheitlicht, riskiert, die Steuerungswirkung des Gehaltsmodells und den Anreiz für überdurchschnittliche Leistung zu verlieren. ■

EUROGROUP CONSULTING



GASTBEITRAG

Tanja Losse ist Expertin für Strategie-, Organisationsentwicklung und Personal beim Beratungs- und Strategieunternehmen Eurogroup Consulting mit Büros in Frankfurt/Main und Wien. Ihre Expertise liegt vor allem in den Bereichen Employee Experience, Employer Branding und Business Coaching

»
ÖSTERREICH BEFINDET SICH BEI DER FAIREN ENTLOHNUNG AUF EINEM GUTEN WEG, ABER ES LIEGT NOCH VIEL HARTE ARBEIT VOR UNS. «

Resümee der Expertin Tanja Losse

Bei einem EU-Gipfel in Berlin wurde die „Declaration on European Digital Sovereignty“ von allen 27 Mitgliedsstaaten verabschiedet.



**EUROPEAN
DIGITAL
SOVEREIGNTY**
Berlin, 18 November 2025



Kontrolle über Daten als Chance

Österreich und Europa bauen ihre digitalen Services konsequent aus. Mit dem zunehmenden Digitalisierungsgrad ist aber auch eine steigende Abhängigkeit von BigTech verbunden. Die Rufe nach digitaler Souveränität werden daher immer lauter. VON ALBERT SACHS

Der 18. November 2025 war aus Sicht des digitalen europäischen Ökosystems ein bedeutender Tag. Im Rahmen eines Gipfels zur digitalen Souveränität in Berlin haben alle 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union die „Declaration on European Digital Sovereignty“ verabschiedet. „Ein wichtiger Durchbruch“, lauteten die Kommentare vielfach. Das Absichtspapier zur digitalen Souveränität war von Österreich initiiert worden. „Europa soll selbstbestimmt handeln, eigene Regeln setzen und digitale Infrastruktur, Daten und Technologien unabhängig gestalten können, ohne sich abzuschotten, aber auch ohne übermäßige Abhängigkeiten“, heißt es zu der Deklaration. „Ziel ist ein digital starkes, wettbewerbsfähiges und sicheres Europa, das seine demokratischen Werte wahrt und gleichzeitig auf Basis gemeinsamer Prinzipien mit vertrauenswürdigen Partnern kooperiert.“ „Digitale Souveränität heißt, dass Europa selbst entscheidet, wie es seine Technologien nutzt, Daten schützt und Innovationen gestaltet. Unabhängig, sicher und im Einklang mit unseren Werten“, kommentierte Digitalisierungsstaatssekretär Alexander Pröll den Berliner Wurf. „Die Erklärung ist ein europäischer Meilenstein. Jetzt geht es darum, sie mit Leben zu füllen – durch

offene Standards, gemeinsame Cloud-Infrastrukturen, vertrauenswürdige KI und starke digitale Bildung.“

Digitale Souveränität heißt für die Verwaltung des Staates, dass Österreich und seine staatlichen Einrichtungen resilienter und effizienter werden, damit aber auch zum Schutz und zum Erhalt der Demokratie beizutragen. Weniger Abhängigkeit von einzelnen Anbietern, mehr Interoperabilität und bessere Servicequalität führen zu einer modernen öffentlichen Verwaltung. Ein nationales Maßnahmenpaket fokussiert auf sieben zentrale Punkte:

- 1. Förderung offener, interoperabler EU-Technologien.** Mehr Open Source in der öffentlichen Verwaltung, engere Kooperation mit europäischen Partnern für gemeinsame Standards und aktive Mitwirkung an Normungsprozessen zur globalen Sichtbarkeit europäischer Interessen.
- 2. Souveräne Daten- und Cloud-Infrastruktur.** Einsatz souveräner Cloud-Technologien und einer nationalen Cloud-Rahmenvereinbarung sowie gezielter Aufbau digitaler Grundinfrastrukturen wie europäischer digitaler Identitäten und Once-Only-Systeme.

- 3. Vertrauenswürdige und europäische KI stärken.** Ausbau nationaler KI-Kompetenzzentren, Bereitstellung souveräner KI-Infrastrukturen wie LLM-Shared-Services, Straffung der Aufsicht für verantwortungsvolle Verwaltungs-KI sowie Umsetzung europäischer Leitlinien für transparente und sichere KI.

- 4. Digitaler Kompetenzen & digitale Bildung.** Gezielte Weiterbildung zu digitaler Souveränität für Verwaltung, Bevölkerung und Unternehmen, Stärkung digitaler und medialer Kompetenzen sowie Förderung eines souveränen und verantwortungsvollen Umgangs mit Daten und Technologien.

- 5. Effiziente und resiliente Verwaltungstechnologien.** Gemeinsame KI-Infrastruktur für Verwaltungsprozesse, weitergehende IT-Konsolidierung über alle Verwaltungsebenen sowie Einführung einer sicheren europäischen Lösung für vertrauliche Behördenkommunikation.

- 6. Souveräne Beschaffung & wirtschaftliche Resilienz.** Stärkung digitaler Souveränität durch stärkere Berücksichtigung unabhängiger, »

europäischer Technologien im rechtlichen Rahmen. Förderpolitik soll souveräne Schlüsseltechnologien wie HPC, Halbleiter, Cybersecurity, Quantum, Netze der nächsten Generation und KI priorisiert unterstützen.

7. Governance, Monitoring & Stakeholder-Einbindung. Koordinierte Steuerung und Monitoring über bestehende Strukturen, regelmäßiges nationales Reporting sowie kontinuierliche Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Ein Programm, das auch bei der heimischen Wirtschaft auf Wohlwollen stößt. „Um Österreich und Europa wettbewerbsfähiger und digital handlungsfähiger zu machen, muss der Aufbau europäischer digitaler Produkte und Services – insbesondere im Bereich Künstliche Intelligenz (KI), Cloud, Cybersecurity und Quantentechnologie – entschieden und ambitioniert vorangetrieben werden. Innovation und digitale Kapazitäten schaffen Wertschöpfung vor Ort und stärken europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb“, heißt es in einem Positionspapier der Initiative Digitale Souveränität, die von führenden österreichischen Unternehmen aus den unterschiedlichsten Sektoren getragen wird. „Europa und Österreich verfügen über starke Kompetenzen in Forschung, Industrie, Finanzwirtschaft, Infrastruk-



Thomas Arnoldner, Group Deputy CEO von A1: „Europa braucht auch digital mehr Handlungsfähigkeit.“

» ÖSTERREICHS IT-BRANCHE IST EIN ZENTRALER PFEILER UNSERER WIRTSCHAFTLICHEN ZUKUNFT. «

Petra Lippert, VÖSI-Präsidentin und Microsoft Österreich-Geschäftsführerin

tur und Technologie. Diese Stärken gilt es gezielt auszubauen, um digitale Handlungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Vertrauen in kritischen digitalen Anwendungen weiter zu stärken. Aber auch die digitale Souveränität ist ein zentraler Baustein für die Absicherung europäischer Wettbewerbsfähigkeit von morgen.“

ZAHLENSPIELE. In diesem Sommer hatte der Verband österreichischer Software Innovationen (VÖSI) die Ergebnisse einer Studie zur „volkswirtschaftliche Bedeutung des österreichischen IT-Sektors“ präsentiert. „Der IT-Sektor in Österreich leistet einen substanziellen Beitrag zur österreichischen Wirtschaft“, fasst der VÖSI die Ergebnisse zusammen. Demnach erwirtschaftete dieser Industriezweig 40,5 Milliarden Euro an Bruttowertschöpfung, das entspricht 8,85 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung Österreichs. Für das Jahr 2025 wird die durch den IT-Sektor in der Kerndefinition generierte Steuerleistung auf beinahe 8,5 Milliarden Euro geschätzt, das entspricht dem 1,8-Fachen des Aufkommens der Kommunalsteuer. „Österreich braucht eine aktive Standortpolitik, die digitale Souveränität stärkt, Fachkräfte sichert und Innovation beschleunigt. Digitale Souveränität ist kein Luxus, sie ist eine Voraussetzung für den Wirtschaftsstandort Österreich“, formuliert VÖSI-Präsidentin Doris Lippert. Ein bisschen pikant, denn Lippert ist Geschäftsführerin von Microsoft Österreich und damit auch dem digitalen Universum in den USA verpflichtet.

Eine aktuelle Studie der Linzer Digitaluniversität ITU zeigt: Österreichs und auch Gemeinden in anderen Ländern setzen bei ihrer digitalen Infrastruktur häufig auf nichteuropäische Anbieter. Besonders groß ist die Abhängigkeit bei E-Mail-Diensten, wo Microsoft eine dominante Rolle spielt. Nur 13 Prozent der E-Mail-Dienste österreichischer Städte und Gemeinden werden demnach ausschließlich von europäischen oder heimischen Anbietern betrieben. Rund 87 Prozent nutzen hingegen zumindest teilweise außereuropäische Dienste, allen voran Microsoft. Aber laut der Studie werden rund 60 Prozent der Gemeinde-Websites in Österreich lokal oder innerhalb Europas gehostet.

MITTELFELD. Die Linzer Forschende rund um Studienleiter Florian Holzbauer haben für die Plattform „Municipalytics“ Daten von rund 95.500 Kommunen in 30 europäischen Ländern ausgewertet. Österreich liegt im europäischen Mittelfeld. Zum Vergleich: In Deutschland setzen nur rund 20 Prozent der Gemeinden auf Anbieter außerhalb des eigenen Landes, in Finnland seien es hingegen 99 Prozent. Doch bei der Auswahl von Dienstleistern rücken in der österreichischen Verwaltung immer mehr Themen wie Abhängigkeit, Souveränität und damit auch die Kontrolle über die eigenen Daten in den Mittelpunkt.

Thomas Arnoldner, Group Deputy CEO von A1 und einer der Köpfe hinter der Initiative Digitale Souveränität, betont: „Digitale Souveränität bedeutet nicht Abschottung, sondern Wahlfreiheit und europäische Alternativen – besonders bei kritischen Daten.“ Österreich und Europa sollen ihre Chancen nutzen und technologisch unabhängiger, innovativer und resilienter werden. ■

Weiterführende Links

» <https://souveraen-digital.at/>

» https://www.digitalaustria.gv.at/dam/jcr:c0db0940-dcc4-4ece-806d-5517a21ef-bb9/251118-5_Declaration_Berlin.pdf

Digital souverän: Warum der Staat seine IT selbst bestimmen muss

Digitale Souveränität beschreibt die Fähigkeit von Staat, Verwaltung und Gesellschaft, digitale Technologien selbstbestimmt, sicher und im Einklang mit den eigenen Rechts- und Wertvorstellungen zu nutzen und zu gestalten. Sie umfasst die Kontrolle über Daten, Infrastrukturen und Schlüsseltechnologien ebenso wie die Kompetenz, Abhängigkeiten bewusst zu managen.

Es geht nicht um Abschottung, sondern um Handlungsfähigkeit: die Option, strategische Entscheidungen unabhängig treffen zu können – technologisch, rechtlich und organisatorisch.

GESTALTUNGSSPIELRÄUME BEWAHREN. Gerade im Public Sector ist digitale Souveränität von zentraler Bedeutung und tritt in den vergangenen Jahren – nicht zuletzt auf Grund weltweiter politischer Entwicklungen – immer mehr in den Vordergrund. Staatliche IT-Anwendungen verarbeiten hochsensible Daten, sichern kritische Infrastrukturen und bilden das Rückgrat moderner Verwaltungsleistungen. Ist ein IT-Dienstleister wie das BRZ in Österreich dauerhaft von einzelnen Anbietern oder außereuropäischen Rechtsräumen abhängig, riskiert man nicht nur Betriebs- und Sicherheitsrisiken, sondern auch eingeschränkte Gestaltungsspielräume bei Innovation, Datenschutz und Compliance.

DIGITALE SOUVERÄNITÄT ALS TRANSFORMATIONSAUFGABE. Die Umsetzung von digitaler Souveränität ist jedoch anspruchsvoll. Historisch gewachsene IT-Landschaften, proprietäre Abhängigkeiten und komplexe Vergaberegeln erschweren den Wandel. Hinzu kommen Fachkräftemangel,



Roland Ledinger, Geschäftsführer BRZ.

rasante Innovationszyklen sowie Zielkonflikte zwischen Wirtschaftlichkeit, Geschwindigkeit und Souveränität. Auch Interoperabilität und gemeinsame Standards sind oft nicht ausreichend umgesetzt, was die Skalierung und Wiederverwendung behindert. Digitale Souveränität muss daher verstärkt als „Sovereignty by Design“ und als langfristige Transformationsaufgabe verstanden werden – nicht nur als punktuell Beschaffungsprojekt.

DER BLICK ÜBER DEN TELLERRAND. Vor diesem Hintergrund sehe ich auch die europäische Zusammenarbeit als entscheidend an. Organisationen wie die EURITAS bündeln Nachfrage, Know-how und Verhandlungsmacht öffentlicher IT-Dienstleister. Gemeinsame Standards, Referenzarchitekturen und abgestimmte Beschaffungsstrategien reduzieren Abhängigkeiten und schaffen echte Alternativen. Gleichzeitig ermöglichen sie Skaleneffekte, fördern Innovation

in einem europäischen Ökosystem und stärken die strategische Autonomie Europas – ohne die Offenheit für globale Kooperation zu verlieren.

Digitale Souveränität ist mehr als der Wechsel eines Softwareherstellers oder die Nutzung von Open Source. Für Österreich sind aus meiner Sicht sechs Punkte essenziell:

- **Erstens** eine klare strategische Steuerung mit verbindlichen Zielbildern für souveräne Kernbereiche (auf Basis des EU-Sovereignty-Frameworks).
- **Zweitens** der Aufbau und die Sicherung eigener Kompetenzen in Verwaltung und bei IT-Dienstleistern.
- **Drittens** die bevorzugte Nutzung offener Standards und modularer Architekturen zur Vermeidung von Lock-in-Effekten („Sovereignty by Design“).
- **Viertens** die Stärkung von europäischen Kooperationen in Entwicklung, Betrieb und Beschaffung.
- **Fünftens** ein verantwortungsvoller Umgang mit Daten als strategische Ressource – von Governance über Sicherheit bis zur wertschöpfenden Nutzung.
- **Sechstens** eine Forcierung der Produktfähigkeit von Innovationen.

So verstanden wird digitale Souveränität zum Fundament eines leistungsfähigen, resilienten und vertrauenswürdigen Staates. ■

GASTKOMMENTAR

Roland Ledinger ist Geschäftsführer des Bundesrechenzentrums, Präsident der ADV (Arbeitsgemeinschaft Datenverarbeitung) und Vizepräsident der EURITAS, dem Europäischen Netzwerk von IT-Providern im Public Sector.

Europa muss seine digitale Handlungsfähigkeit sichern

Eine Analyse des Österreichischen Bundesrechenzentrum, BRZ, zum Positionspapier digitale Souveränität der EURITAS.

EURITAS, die European Association of Public IT Service Providers, ist ein europäisches Netzwerk öffentlicher IT-Dienstleister. Die Organisation will bessere digitale Services für Verwaltungen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger schaffen und versteht sich als Plattform für Kooperation, Wissensaustausch und gemeinsame technologische Entwicklung im öffentlichen Sektor. Digitale Souveränität klingt zunächst nach einem abstrakten Schlagwort aus der Technologiepolitik. Das aktuelle Positionspapier von EURITAS zeigt jedoch, dass es in Wahrheit um eine sehr praktische Frage geht: Wie bleibt der Staat auch im digitalen Raum handlungsfähig, verlässlich und vertrauenswürdig? Gerade für die öffentliche Verwaltung in Österreich ist diese Frage hochaktuell. Denn wo Fachverfahren, Kommunikationsplattformen, Identitätsdienste und Datenhaltung zunehmend digital organisiert werden, entstehen neue Abhängigkeiten – und mit ihnen neue Risiken für Versorgungssicherheit, Datenschutz und strategische Steuerungsfähigkeit.

SELBSTBESTIMMUNG. Die EURITAS versteht unter digitaler Souveränität die Möglichkeit von Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern, im digitalen Raum unabhängig und selbstbestimmt zu handeln. Voraussetzung dafür ist, dass die öffentliche Hand und ihre IT-Dienstleister die Kontrolle über Daten, Systeme und digitale Identitäten behalten und deren Verfügbarkeit und Sicherheit gewährleisten können. Das Positionspapier macht damit einen Perspektivwechsel deutlich. Digitale Souveränität ist nicht nur eine technische Frage, sondern Teil staatlicher Resilienz. Spätestens seit der COVID-Pandemie sei sichtbar geworden, wie sehr funktionierende digitale Infrastrukturen für die Handlungsfähigkeit

von Verwaltung und öffentlichen Diensten geworden sind.

DATEN, IDENTITÄTEN, VERTRAUEN.

Ein zentrales Leitmotiv des Positionspapiers ist die Kontrolle über Bürgerdaten. Öffentliche Verwaltungen müssen laut EURITAS sicherstellen, dass Daten nicht ohne Wissen oder Einwilligung der Betroffenen übertragen oder verarbeitet werden; zugleich müsse der Schutz personenbezogener Daten den rechtlichen Anforderungen, insbesondere der DSGVO, entsprechen. Hinzu kommt ein zweiter Aspekt, der für den Verwaltungsalltag immer wichtiger wird: die digitale Identität. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur sichere Identitätsdienste nutzen können, sondern auch nachvollziehen und steuern, welche Daten sie mit welchen Stellen teilen.

WENIGER ABHÄNGIGKEIT. Besonders deutlich wird das Positionspapier bei der Frage nach technologischen Abhängigkeiten. Viele Verwaltungen, so die EURITAS, seien heute in erheblichem Maß auf wenige große Softwareanbieter angewiesen und befänden sich dadurch in klassischen Lock-in-Situationen, in denen Verhandlungsspielräume und echte Alternativen fehlen. Aus dieser Diagnose leitet die EURITAS eine klare Stoßrichtung ab: Abhängigkeiten von monopolartigen Anbietern sollen reduziert werden, vor allem durch offene Standards und möglichst Open-Source-basierte Lösungen. Gemeint ist damit ausdrücklich nicht Ideologie, sondern strategische Beweglichkeit. Wer Alternativen hat, kann Kosten, Sicherheit, Weiterentwicklung und rechtliche Rahmenbedingungen besser steuern.

EUROPÄISCHE ANTWORTEN. Die EURITAS belässt es nicht bei Grundsät-

zen. Das Papier nennt konkrete Handlungsfelder, in denen öffentliche IT-Dienstleister zusammenarbeiten sollen. Dazu zählen ein engerer Austausch über Vertragsverhandlungen mit Softwarelieferanten, gemeinsame Lernprozesse zwischen europäischen und nationalen Institutionen sowie der Aufbau alternativer Lösungen für Arbeitsplätze, Fachanwendungen und Cloud-Infrastrukturen. Besonders relevant ist dabei der Fokus auf Open-Source-Software, On-Premises betreibbare Lösungen und Private-Cloud-Modelle in eigenen Rechenzentren. Dahinter steht die Überzeugung, dass digitale Souveränität dort wächst, wo der öffentliche Sektor nicht nur einkauft, sondern auch architektonisch mitbestimmen und betrieblich unabhängig bleiben kann.

BEDEUTUNG FÜR ÖSTERREICH. Für Mitarbeiter:innen der Verwaltung in Österreich liegt die Bedeutung des Papiers vor allem im operativen Alltag. Der Grundstein für mehr digitale Souveränität wird nicht nur auf europäischer Bühne, sondern bereits bei Beschaffung, Systemarchitektur, Datenhaltung, Identitätsmanagement und Interoperabilität zwischen Behörden gelegt. Das EURITAS-Papier erinnert daran, dass moderne Verwaltung mehr braucht als funktionierende Software. Sie braucht belastbare rechtliche Kontrolle, technische Ausweichmöglichkeiten, europäische Kooperation und einen klaren Blick darauf, welche digitalen Kernfähigkeiten der Staat dauerhaft selbst absichern muss. Gerade darin liegt seine Relevanz für Österreich: Digitale Souveränität ist keine abstrakte Zukunftsdebatte, sondern eine Voraussetzung für einen leistungsfähigen, resilienten und vertrauenswürdigen öffentlichen Sektor.

» www.euritas.eu/position-papers/ ■

Österreichs resiliente Verwaltung

Österreich zählt beim E-Government zu den führenden Ländern in der EU. Doch es herrscht Handlungsdruck. Jetzt stehen die Zeichen auf Effizienz und digitale Souveränität. VON STEPHAN NEUBAUER

Österreich steht im E-Government hervorragend da: Laut dem EU-Report eGovernment Benchmark 2026 belegt das Land dabei den sechsten Platz in der EU sowie mit Luxemburg und Malta gemeinsam den ersten Platz bei mobiler Benutzerfreundlichkeit. Die Plattform ID Austria und das Bürgerportal „Digitales Amt“ stehen für diesen Erfolg. Dennoch gerät die Verwaltung unter Druck: Strikte Budgetdisziplin und Planbarkeit sind gefordert. Gleichzeitig rollt eine massive Pensionierungswelle auf den öffentlichen Dienst zu, die den Fachkräftemangel verschärft.

DIGITALE SOUVERÄNITÄT ALS SCHUTZSCHILD FÜR BÜRGERDATEN. Die digitale Souveränität ist für den Staat keine Überlebensfrage, wohl aber ein Schutzschild für sensible Bürgerdaten. Abhängigkeiten von proprietären Lizenzen, unkontrollierbare Hardware-Preise und Lieferengpässe schränken die Handlungsfähigkeit ein. In einer fragilen Geopolitik ist die Vermeidung einseitiger Anbieterabhängigkeiten eine notwendige Vorsichtsmaßnahme.

DIE NEUE REALITÄT DER IT-SICHERHEIT. Aktuelle KI-Modelle zeigen, wie KI die automatisierte Suche nach Schwachstellen revolutioniert. Das System kann binnen kürzester Zeit tausende unbekannte Lücken in Betriebssystemen, Browsern und Software finden, die jahrzehntelang unentdeckt blieben. Da auch Angreifer Werkzeuge wie KI-Binärcode und APIs nutzen, wird Software-Opazität zum Sicherheitsrisiko. Nur eine offene, gemeinschaftlich geprüfte Software-Supply-Chain ermöglicht es, Sicherheitslücken rasch zu beheben.

OFFENE PLATTFORMEN UND VERTRAUENSWÜRDIGE KI. Hier setzt Enterprise Open Source an: Sie bietet durch globale, herstellerunabhängige

Entwickler-Communities maximale Handlungsfreiheit und Investitionssicherheit. Da die Entwickler weltweit verteilt sind, bleibt die Software auch im Krisenfall lauffähig, anpassbar und lokal supportbar. Hybride Plattformen auf Basis offener Containerstandards und Kubernetes vereinen On-Premises-Kontrolle mit Cloud-Agilität, um Workloads je nach Kritikalität flexibel zu verschieben. Damit die Bürger:innen diesen Weg mitgehen, muss die Technologie sicher sein. Dies erfordert KI-Sicherheits-Mechanismen, die Eingaben und Antworten filtern, um Missbrauch zu verhindern und Verzerrungen (Bias) zu unterdrücken. Ergänzt durch modernste Methoden und das Prinzip des „Human-in-the-Loop“, der menschlichen Letztentscheidung, entstehen nachvollziehbare, verlässliche Ergebnisse. Der Mix aus Kosten, Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit kann bei lokal betriebenen Umgebungen selbst beeinflusst werden. Durch das Zusammenspiel aus Open Source, KI und Kontrolle wahrt der öffentliche Sektor seine digitale Souveränität und bleibt zukunftsfähig.

SYNERGIEN DURCH GEMEINSCHAFTLICHE INFRASTRUKTUREN. Um die Effizienz zu steigern und Kosten zu senken, gewinnt die gemeinsame Ressourcennutzung an Bedeutung. Ein wegweisendes Beispiel ist das behördenübergreifende Modell LLM-as-a-Service (LLMaaS) des Bundesrechenzentrums, das Sprachmodelle zentral und datenschutzkonform bereitstellt. Dieser Ansatz spiegelt sich auch in der europäischen AI Factory-Initiative wider, die von der EU unterstützt und behördenübergreifend lokal umgesetzt wird. Diese vernetzten Höchstleistungs-Rechenzentren bieten der Verwaltung Rechenkapazitäten, um modernste Technologien kooperativ, souverän und kosteneffizient zu nutzen.



Stephan Neubauer, MBA, ist Strategic Account Manager Corporate Sales Lead bei RedHat Österreich.

KOLLABORATION UND WISSENSAUFBAU: DIE STÄRKE DER COMMUNITY. Echte digitale Unabhängigkeit entsteht durch den gemeinsamen Aufbau von Know-how und aktiver Vernetzung. Das Open-Source-Modell lebt vom gegenseitigen Austausch: Durch die Zusammenarbeit in globalen und lokalen Communities wird IT-Fachwissen demokratisiert. Für die österreichische Verwaltung bedeutet dies, Silos aufzubrechen und Lösungen behördenübergreifend zu teilen. Wenn Bundesländer und Gemeinden bewährte Standards, Best Practices und Implementierungsmuster austauschen, beschleunigt dies nicht nur die Digitalisierung, sondern stärkt die Eigenständigkeit der beteiligten Organisationen. Die Verwaltung wandelt sich von der Lizenznehmerin zu einer aktiven Mitgestalterin moderner, transparenter Bürgerdienste. ■

Weiterführende Links

- » <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/digital-decade-2026-egovernment-benchmark-2026>
- » <https://www.brz.gv.at/was-wir-tun/services-produkte/LLM-as-a-Service.html>

public macht
es öffentlich

**Ab sofort
gibt es uns
auch online!**

public-
magazin.at

„Veränderung braucht Initiative“

Zielorientiertes Business Coaching als Antwort auf Reformdruck, Fachkräftemangel und Generationenwechsel in Verwaltung und Kommunen. Im *public*-Interview erklären Michaela Grüsser und Mathias Cimzar von PIVARO, warum Business Coaching gerade jetzt einen wichtigen Beitrag leisten kann.

public: Warum haben Sie sich entschieden, PIVARO als Online-Plattform aufzubauen?

Michaela Grüsser: In unserer Management- bzw. Unternehmer:innen-Laufbahn haben wir immer wieder sehen können, nachhaltige Umsetzung von Veränderung scheitert selten an der Bereitschaft der Beteiligten, sondern oft an fehlenden alltagstauglichen Lösungen für steigende Komplexität und aktuelle Herausforderungen. Genau da unterstützt Business Coaching, eigene Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, Klarheit zu gewinnen und wirksame Lösungen für den Berufsalltag zu entwickeln. Diese Unterstützung wollten wir zugänglich machen.

Mathias Cimzar: Der Name PIVARO spiegelt diesen Anspruch wider: Pivot steht für den entscheidenden Moment der Neuausrichtung, aro stammt aus dem Lateinischen und steht für Entwicklung und Potenzialentfaltung. Nachhaltige Veränderung entsteht dort, wo Stärken wirksam genutzt werden.

Business Coaching klingt nach einem Thema für die Privatwirtschaft, warum ist das auch für Städte, Gemeinden und Verwaltungen relevant?

Grüsser: Weil die Herausforderungen im öffentlichen Dienst mindestens genauso anspruchsvoll sind. Verwaltungen müssen mit knappen Budgets, neuen Gesetzen, Digitalisierung, Fachkräftemangel und steigenden Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger umgehen. Business Coaching unterstützt dabei, Klarheit in komplexen Situationen zu schaffen, fundierte Entscheidungen zu treffen und Veränderungen aktiv zu gestalten. Es hilft Führungskräften ebenso wie Mitarbeitenden, ihre Rolle souverän

zu meistern, Belastungen besser zu bewältigen und ihre Wirksamkeit im Berufsalltag zu stärken.

Welche Themen sehen Sie im öffentlichen Sektor derzeit als besonders drängend an?

Grüsser: Konkret sehen wir Bedarf beim Onboarding und dem Rollenwechsel von der Fachebene in eine neue Führungsfunktion, etwa bei der Übernahme einer Abteilungs- oder Sektionsleitung. Ein weiterer Schwerpunkt ist Female Leadership. Dort, wo Frauen in Führungsfunktionen noch unterrepräsentiert sind, schaffen wir durch gezielte Begleitung die Grundlage für nachhaltige Positionierung und langfristigen Erfolg.

Cimzar: Auch der Generationenwechsel bringt starken Bedarf mit sich. Wissen darf nicht verloren gehen, wenn erfahrene Bedienstete in den Ruhestand gehen, gleichzeitig treffen unterschiedliche Erwartungen an Führung, Zusammenarbeit und Kommunikation aufeinander. Wir helfen, Wissen zu sichern und generationsübergreifende Zusammenarbeit zu stärken. Resilienz gewinnt ebenfalls zunehmend an Bedeutung. Verwaltungen müssen heute mit mehr Dynamik und Unsicherheit umgehen. Business Coaching stärkt die Widerstandskraft und hilft, unter anspruchsvollen Bedingungen handlungsfähig zu bleiben.

Wie einfach ist der Einstieg für interessierte Institutionen oder Führungskräfte?

Cimzar: Bewusst niederschwellig und bürokratiefrei. Interessierte Mitarbeitende, Führungskräfte und Institutionen wählen auf unserer Plattform den passenden Business Coach, buchen



Michaela Grüsser und Mathias Cimzar betreiben gemeinsam die 2026 gegründete Plattform PIVARO.

ein kostenloses Kennenlerngespräch oder eine 60-minütige Session und legen los. Vertraulichkeit, transparente Leistungsdokumentation und Rechnungslegung verstehen sich von selbst.

Gibt es so etwas wie einen gemeinsamen Leitsatz für Ihre Arbeit?

Cimzar: Wachstum braucht Initiative, Veränderung braucht eine Entscheidung. Unser Anspruch lautet: „Wir schaffen den Rahmen, die Schritte setzen Sie.“ Denn nachhaltige Veränderung entsteht dort, wo Menschen ihre Stärken erkennen, Verantwortung übernehmen und ins Handeln kommen. Dabei begleiten wir Organisationen und Menschen im öffentlichen Dienst. ■

Step Into Growth

Michaela Grüsser arbeitet seit 2001 als Unternehmensberaterin & Business Coach.

Mathias Cimzar ist seit 2008 als Trainer, Business Coach & FH-Lektor tätig.

E-Mail: info@pivaro.at

» www.pivaro.at

Vorbereitet sein bei Naturgefahren im Klimawandel

Beinahe jede Gemeinde in Österreich ist von einer Naturgefahr bedroht. Das Umweltbundesamt versucht mit einem eigenen Programm diesen Bedrohungen entgegenzuwirken.

Die anhaltende Trockenheit in diesem Jahr macht deutlich, wie stark die Auswirkungen des Klimawandels in unseren Gemeinden spürbar sind. Gemeinden spielen eine Schlüsselrolle dabei, die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger zukunftsfähig zu gestalten. Um dieser Herausforderungen wirksam zu begegnen, sind fundiertes Wissen und praxiserprobte Methoden besonders wertvoll. Das Umweltbundesamt bietet gemeinsam mit Partnern Vorsorgecheck und Lehrgang rund um eine erfolgreiche Anpassung an den Klimawandel an.

VORSORGECHECK NATURGEFAHREN IM KLIMAWANDEL. Naturgefahrenvorsorge und Klimawandelanpassung sind notwendige Maßnahmen, damit sich Gemeinden auf veränderte Bedingungen ausreichend vorbereiten. Der vom Umweltbundesamt koordinierte

„Vorsorgecheck Naturgefahren im Klimawandel“ leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Geleitet wird er von zwei Auditor:innen, die sich auf den Schutz vor Naturgefahren und auf Klimawandelanpassung spezialisiert haben. In einem Telefonat wird zunächst geklärt, wer sich am Check beteiligen wird. In Frage kommen Bürgermeister:innen, Amtsleiter:innen, Bauamtsleiter:innen, Verantwortliche der Blaulichtorganisationen (insbesondere Feuerwehr und Rettung), aber auch die Verantwortlichen für Gemeindeinfrastruktur, Rechtsfragen oder Raumplanung.

Beim Check vor Ort wird analysiert, welche Naturgefahren die Gemeinde am unmittelbarsten bedrohen und welche Vorsorgemaßnahmen bereits getroffen wurden. Thematisiert werden Naturgefahren wie Starkregen, Hochwasser und Muren, aber auch Steinschlag, Felssturz und Lawinen. Darüber hinaus werden auch klimabezogene Risiken wie Hitze, Trockenheit, Wald- und Flächenbrand, Sturm, Hagel, Blitz, Schnee- und Eislast, Spätfrost, Schädlingskalamitäten und invasive Arten erörtert.

Mit dem „Vorsorgecheck Naturgefahren im Klimawandel“ werden Gemeinden dabei unterstützt, ihre Situation hinsichtlich Naturgefahren und Klimarisiken realistisch einzuschätzen und weitere Maßnahmen zu treffen.

DETAILS ZUM VORSORGECHECK NATURGEFAHREN IM KLIMAWANDEL. Fast jede Gemeinde in Österreich ist von irgendeiner Art von Naturgefahr be-

droht. Das Spektrum reicht von Starkregen über Muren und Hochwasser bis hin zu Felsstürzen und Lawinen. Was Gemeinden dagegen tun können, zeigt der Vorsorgecheck Naturgefahren im Klimawandel

**Vorsorgecheck
Naturgefahren
im Klimawandel**



LEHRGANG KOMMUNALE KLIMAWANDELANPASSUNG. Erstmals haben Gemeindevertreter:innen die Möglichkeit, am neuen virtuellen Lehrgang „Kommunale Klimawandelanpassung 2026“ von Umweltbundesamt, Umweltministerium (BMLUK) und Klimabündnis teilzunehmen und ihre Anpassungskapazität gezielt zu stärken.

**Lehrgang
„Kommunale
Klimawandel-
anpassung 2026“**



SCHNELL SEIN LOHNT SICH. Die ersten 15 Anmeldungen profitieren von einem vom Umweltministerium unterstützten Preisnachlass von 50 % auf die Teilnahmegebühr für den virtuellen Lehrgang „Kommunale Klimawandelanpassung“.

**Weitere Infos zu
Lehrgang und
Preisnachlass**



Die Natur birgt ein großes Gefahrenpotenzial für Gemeinden.

VOR/ITS Vienna Region testen autonomen Bus



Die Verkehrsverbünde VOR und ITS Vienna Region testeten im September rund um das Hafenfest Korneuburg (NÖ) einen Bus für den „Automatisierten Öffentlichen Verkehr“, das heißt, für autonomes Fahren. Der TORUS-Forschungsbus von ALP.Lab war als fahrendes Labor im Einsatz, u.a., um Themen wie diese zu erörtern: Wie können automatisierte Busse künftig den öffentlichen Verkehr ergänzen? Wie funktioniert die Technik dahinter und welche Möglichkeiten eröffnen sich damit für Städte, Gemeinden und Regionen? Der TORUS-Bus von ALP.Lab ist Österreichs größter automatisierter Stadtbuss und als fahrendes Labor für die Erforschung und Entwicklung

des automatisierten Fahrens mit umfangreicher Sensorik und Technik ausgestattet. Die Testfahrten in Korneuburg erfolgten aus rechtlichen Gründen allerdings noch mit manueller Steuerung. Ziel bleibt dennoch, den automatisierten öffentlichen Verkehr in der Ostregion nachhaltig und integriert in ein umfassendes Mobilitätsangebot zu etablieren.

KI in der Verwaltung: AVG-Novelle im Parlament

Der Verfassungsausschuss des Nationalrats hat Mitte September mit den Stimmen der Koalitionsparteien eine Novelle zum Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) und zum Verwaltungsstrafgesetz (VStG) ins Plenum des Parlaments geschickt. Ziel ist es, die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren voranzutreiben und rechtliche Grundlagen für den Einsatz von KI zu schaffen. Unter anderem geht es um die Unterstützung bei der Einbringung von Anträgen durch Chatbots, vollständig automatisierte Erledigungen sowie um die Ermöglichung sogenannter „No-Stop-Verfahren“, bei denen Leistungen ohne vorherige Antragstellung erbracht werden. Zudem sollen die Formalvorschriften für Anonym- und Organstrafverfügungen adaptiert werden. Im Mittelpunkt stehen sogenannte „Massenerledigungen“, beispielsweise gleichartige Förderanträge. Individuelle Baubescheide seien ausdrücklich nicht gemeint, heißt es dazu. »

PROFESSIONELL, ERFAHREN, PERSÖNLICH & ENGAGIERT

Spezialist für alle Belange von Kommunen und kommunalen Betrieben, insbesondere für Vergabe- und Beihilfenrecht und kommunale Dienstleistungen.

*Persönliche Betreuung unserer Klienten durch eine **professionelle Arbeit auf höchstem Niveau.***

PARTNER. ZU RECHT.

Breitenfeld Rechtsanwälte GmbH & Co KG
Kundmannngasse 21, 1030 Wien

T +43 (0)1 535 21 41
F +43 (0)1 535 21 41 50

office@kanzlei-breitenfeld.at
www.kanzlei-breitenfeld.at

Breitenfeld
RECHTSANWÄLTE



MARTIN OBERASCHER & PARTNER ARCHITECTEN ZT

Der neue Dorfplatz von Grödig im Salzburger Land nimmt zumindest auf dem Papier konkrete Formen an.

Neuer Dorfplatz für Grödig

Die Salzburger Gemeinde Grödig plant die Umgestaltung ihres Dorfplatzes. Mit der Unterzeichnung des Baurechtsvertrags mit der neu gegründeten Wohnbaugesellschaft „Neue Heimat Salzburg“ rückt der Baustart für einen Gebäudekomplex im Zentrum der Flachgauer Gemeinde nun endlich in greifbare Nähe. Neben günstigen Wohnungen und Geschäftsräumlichkeiten, ist auch eine Arztpraxis vorgesehen. Die Baukosten von neun Millionen Euro trägt die Wohnbaugesellschaft, eine Tochtergesellschaft der Wiener Städtischen-Gruppe, zur Gänze, betont Bürgermeister Herbert Schober (ÖVP und Parteifreie). Die Gemeinde selbst will zudem bei der Gestaltung des Dorfzentrums und des Marktplatzes „das eine oder andere verbessern“. Der „Neue Heimat Salzburg“ wurde erst in diesem Frühjahr die Gemeinnützigkeit zuerkannt. Die Neugestaltung des Grödiger Dorfplatzes soll nun das erste Großprojekt der neuen Gesellschaft werden. Der Baubeginn ist für Frühjahr 2027 vorgesehen. Der Entwurf zum neuen Dorfplatz stammt vom Büro Martin Oberascher & Partner Architekten ZT.

Wiederkehr will Kindergartenfinanzierung vereinfachen

Bildungsminister Christoph Wiederkehr (Neos) wälzt Pläne, die Finanzierung der Elementarpädagogik in den Gemeinden zu vereinfachen, zudem sollen einheitliche Qualitätsstandards geschaffen werden und so ebenfalls für Entlastung der Gemeinden sorgen. Wiederkehr spricht sich dafür aus, die verschiedenen Finanzierungsströme des Bundes für die Kindergärten zusammenzuführen und die Organisation des Schulpersonals zu vereinfachen. „All die Töpfe, die gemeinsam finanziert sind, sollen zu einem kommen, nämlich einer Finanzierung des Bundes für das Kindergartenwesen, neben den Landestöpfen, die natürlich weiter bestehen bleiben“, skizziert Wiederkehr im Gemeindebund-Podcast

„Amtsgeheimnisse“ seine Pläne. Auch bei der Organisation des Schulpersonals sieht Wiederkehr Reformbedarf, die verschiedenen Personalgruppen an Schulen könnten künftig stärker aus einer Hand organisiert und finanziert werden. Durch mehr Autonomie sollen die Schulen zudem künftig flexibler auf die Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler reagieren können.

Schlüsseltechnologie für Krisensituationen

Waldbrände waren in diesem Sommer in beinahe ganz Europa ein bestimmendes Thema. Im Kampf gegen die Flammen wird dabei eine Technologie immer wichtiger: moderne Geoinformationssysteme. Als Österreichs exklusiver Esri-Partner zeigt SynerGIS, wie digitale Lagebilder Einsatzkräfte, Behörden und Betreiber kritischer Infrastruktur dabei unterstützen, schneller und fundierter zu entscheiden. Moderne Geoinformationssysteme verbinden Satellitenbilder, Wetterdaten, Windrichtungen, Vegetation, Geländeinformationen und bestehende Infrastruktur zu einem laufend aktualisierten digitalen Lagebild. Dadurch lassen sich Brandherde früh erkennen, ihre Ausbreitung besser einschätzen und Einsatzkräfte gezielt koordinieren. Gleichzeitig greifen alle beteiligten Organisationen auf dieselbe Informationsbasis zurück, ein entscheidender Vorteil in dynamischen Krisensituationen. Nach einem Brand unterstützen dieselben Systeme dabei, Schäden an Gebäuden, Infrastruktur und betroffenen Flächen innerhalb kürzester Zeit zu dokumentieren.



SYNERGIS/MANFRED BAUMANN

**Renate Messner,
Geschäftsführerin
von SynerGIS.**

Mehr Schutz vor Wald- und Flurbränden

Der oberösterreichische Verein VEENA – Verein zur Förderung echter Nachhaltigkeit startet eine Initiative, welche die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehren, Landwirten, Forstbetrieben, Gemeinden und weiteren Einsatzorganisationen nachhaltig stärken soll. Im Mittelpunkt steht die koordinierte Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Feuerwehren. Durch gemeinsame Ausbildung, abgestimmte Einsatzkonzepte, die Einbindung landwirtschaftlicher Maschinen und eine koordinierte Organisation werden Einsatzzeiten verkürzt, Ressourcen effizienter eingesetzt und die Schlagkraft der Einsatzkräfte nachhaltig verbessert. Ziel ist es, durch Wiederaufforstungen, Waldschutz und nachhaltige Regionalentwicklung Flur- und Waldbränden vorzubeugen.

» <https://veena.at/>

ElWG und EABG – neue Möglichkeiten im Energierecht

Ein Paradigmenwechsel zum Thema Energie als Chance für Gemeinden

Die neuen Gesetze im Energierecht – Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ElWG) und Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) – markieren einen Paradigmenwechsel: Das ElWG schafft den neuen bundesrechtlichen Ordnungsrahmen für Erzeugung, Markt und Netze und löst das ElWOG 2010 (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz) ab. Neue Modelle der Bürgerenergie brechen die bisher engen Grenzen der Energiegemeinschaften auf und eröffnen auch Gemeinden einen breiteren Anwendungsbereich.

Zentrale Regelungen werden erst gestaffelt wirksam (Bürgerenergie ab dem 1. Okt. 2026, neue Netzentgelte ab 1. Jänner 2027) und vielfach erst durch Verordnungen konkretisiert. Parallel dazu ordnet das EABG die Genehmigung erneuerbarer Erzeugungsanlagen grundlegend neu – mit einem vollkonzentrierten Verfahren ab 2027, der Grobprüfung in landesrechtlichen Beschleunigungsgebieten und dem festgeschriebenen überragenden öffentlichen Interesse für Vorhaben der erneuerbaren Energie.

FINANZIELLE ABGELTUNG DURCH ENERGIEWENDEBETEILIGUNG. Nachdem für Standortgemeinden bisher die finanzielle Abgeltung der Auswirkungen von Erneuerbare-Energien-Projekten nur unter strengen Voraussetzungen

möglich und meist mit Rechtsunsicherheit behaftet war, wurde dies durch das neue EABG auf rechtlich sichere Pfeiler gestellt. Mit der Energiewendebeteiligung können Standortgemeinden, also Gemeinden, in deren Gemeindegebieten eine PV- oder Windkraftanlage neu errichtet werden soll, mit den Projektwerbern eine Vereinbarung zur Leistung von Entgelten in folgenden Fällen schließen:

- Über die Widmung und widmungs-gemäße Verwendung von Flächen, die der Errichtung und dem Betrieb der PV- oder Windkraftanlage dienen
- Über die Bereitstellung von Grundstücken, die sich im Eigentum der Standortgemeinde befinden, sowie
- zur Beteiligung an der Energieerzeugung.

Vom Übertragungsnetzbetreiber ist für neu errichtete elektrische Leitungsanlagen auf der Spannungsebene 380 kV eine einmalige Abfindung in Höhe von 98.000 Euro pro Kilometer Leitungsanlage innerhalb der Gemeindegrenze der Standortgemeinde zu leisten.

NEUE FORMEN DER BÜRGERENERGIE. Für Gemeinden besonders attraktiv werden die neuen Formen der Bürgerenergie wie P2P-Handel (Peer-to-Peer), der Austausch unter zwei gleichberechtigten Partnern und dislozierte Eigenversorgung sein. Die gemeinsame Energienutzung bildet nunmehr das „Dach“ für sämtliche Formen der Bürgerenergie. Sie ermöglicht die gemeinsame Nutzung von Elektrizität zwischen zwei oder mehreren Personen unter Einbeziehung einer oder mehrerer Stromerzeugungsanlagen. Erfasst sind die bereits bestehenden Modelle der Bürgerenergie: Gemeinsame

Erzeugungsanlagen (GEA), Erneuerbare-Energiegemeinschaften (EEG) und Bürgerenergiegemeinschaften (BEG). Neu ist die Möglichkeit des Abschlusses von sogenannten P2P-Verträgen, die das Energie-Sharing auch ohne Gründung eines Vereins oder einer Gesellschaft ermöglichen. Eine gemeinsame Energienutzung kann nun auf rein vertraglicher Grundlage erfolgen (§ 68 Abs 1 ElWG). Dabei geht es um den Verkauf oder die Schenkung von erneuerbarer Elektrizität zwischen Marktteilnehmern auf Grundlage eines Vertrags, die entweder direkt zwischen den Beteiligten oder auf indirektem Weg über einen dritten Marktteilnehmer, beispielsweise einen Aggregator, erfolgt.

DISLOZIerte EIGENVERSORGUNG.

Ebenso attraktiv ist die dislozierte Eigenversorgung, die die bisher den Energiegemeinschaften vorbehaltenen Vergünstigungen auch auf Eigenversorgungsanlagen ausdehnt. Wird Strom einer Energieerzeugungsanlage an einem anderen Standort verbraucht, kann dieser ohne Gründung einer Rechtsperson wie einer Energiegemeinschaft oder Abschluss eines P2P-Vertrags – ebenfalls zu reduzierten Netzentgelten entsprechend dem Nahebereich bezogen werden (§ 65 Abs 2 ElWG).

RFG EXPERTISE



Marie Sophie Reitingner ist als Rechtsanwältin und Counsel mit dem Schwerpunkt Umwelt- und Nachhaltigkeitsrecht in Wien tätig. Sie gilt auch als Expertin für Energierecht und ist als Vortragende gefragt.



Mehr zum neuen ElWG lesen Sie im Heft 3/2026 der RFG: **Reitingner, ElWG und EABG – Alles neu im Energierecht, RFG 2026/20.** Probieren Sie jetzt das RFG Kennenlern-Abo: 2 Hefte um 20 Euro. www.manz.at/rfg

Die strategische Beschaffung

Von der reinen Kostenoptimierung zur strategischen Steuerung

Die öffentliche Beschaffung steht vor einem Paradigmenwechsel. Nicht mehr allein der Preis entscheidet über eine gute Beschaffung. Entscheidend wird, welchen wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und qualitativen Mehrwert ein Auftrag über seinen gesamten Lebenszyklus erzeugt. Das österreichische Vergaberecht schafft dafür zunehmend konkrete Spielräume – und stellt öffentliche Auftraggeber zugleich vor neue Anforderungen.

Öffentliche Beschaffung ist längst mehr als ein bloßes „Tool“ zur Beschaffung von Leistungen zum günstigsten Preis. Auftraggeber stehen heute vor einer Vielzahl von globalen Herausforderungen: Klimaschutz, Energieeffizienz, Digitalisierung, Fachkräftemangel, soziale Verantwortung, Versorgungssicherheit und der zunehmende Innovationsdruck verlangen nach neuen Antworten. Damit verändert sich auch die Rolle des Vergabeverfahrens: vom rein administrativen Prozess hin zur strategischen Funktion.

WAS WIRD UNTER „STRATEGISCHER BESCHAFFUNG“ VERSTANDEN? Strategische Beschaffung bedeutet, öffentliche Mittel nicht nur wirtschaftlich, sondern zugleich zielgerichtet einzu-

setzen. Der Begriff der „strategischen Beschaffung“ beschreibt dabei keinen eigenständigen Vergabetyp. Gemeint ist vielmehr eine bestimmte Herangehensweise an die Planung und Durchführung von Vergabeverfahren. Das österreichische Vergaberecht bietet dafür mehr Möglichkeiten, als es auf den ersten Blick vermuten lässt. Paragraph 20 BVergG 2018 sieht ausdrücklich vor, dass ökologische und nachhaltige Kriterien (zwingend) sowie soziale und innovative Aspekte berücksichtigt werden können.

STRATEGISCH BESCHAFFEN BEGINNT VOR DER AUSSCHREIBUNG. Um eine solide Beschaffung nach strategischen Gesichtspunkten zu konzipieren, muss die wichtigste Entscheidung bereits vor Einleitung des Vergabeverfahrens getroffen werden: Welche Ziele sollen mit der Beschaffung erreicht werden?

Für Auftraggeber bedeutet dies, den Beschaffungsbedarf zunächst inhaltlich und strategisch zu definieren. Dabei ist zu prüfen, welche Anforderungen für die konkrete Beschaffung tatsächlich relevant und sachlich gerechtfertigt sind. Diese Vorbereitungsphase ist von besonderer Bedeutung, weil sich hier entscheidet, welche Spielräume später überhaupt bestehen. Wird der Auftragsgegenstand zum Beispiel bereits zu Beginn auf eine bestimmte Lösung oder Technologie festgelegt, können strategische Alternativen unter Umständen gar nicht mehr in den Wettbewerb gelangen.

Strategische Beschaffung verlangt daher zunächst eine strategische Bedarfsplanung. Erst auf dieser Grundlage sollte entschieden werden, wie das Beschaffungsziel vergaberechtlich umgesetzt werden kann.

DER AUFTRAGSGEGENSTAND ALS STRATEGISCHE STELLSCHRAUBE. Bereits die Definition des Auftragsgegenstands kann darüber entscheiden, wie

offen ein Vergabeverfahren für unterschiedliche Lösungen ist. Gerade bei komplexen oder innovativen Beschaffungen sollte daher geprüft werden, ob eine funktionale oder ergebnisorientierte Beschreibung möglich ist. Nicht immer muss der Auftraggeber vorgeben, auf welche Weise ein bestimmtes Ergebnis zu erreichen ist. Je nach Beschaffungsgegenstand kann es sinnvoller sein, die gewünschte Funktion oder das zu erreichende Leistungslevel zu definieren und den Markt über die konkrete Umsetzung entscheiden zu lassen. Für die Praxis bedeutet dies: Vor Erstellung der Leistungsbeschreibung sollte geklärt werden, welche Anforderungen tatsächlich zwingend erforderlich sind und welche Lösungswege offenbleiben können. Damit wird zugleich der Grundstein für einen innovationsorientierten Wettbewerb gelegt.

STRATEGISCHE ZUSCHLAGSKRITERIEN RICHTIG FORMULIEREN. Besonders häufig werden strategische Ziele über Zuschlagskriterien umgesetzt. Dabei liegt eine wesentliche Fehlerquelle in zu allgemein gehaltenen Kriterien, die nicht wirksam überprüft werden können. Begriffe wie „Nachhaltigkeit“, „Innovationsgrad“ oder „soziale Qualität“ sind als politische Zielsetzungen verständlich, reichen aber als Bewertungsmaßstab nicht aus. Die Bieter müssen erkennen können, welche konkreten Eigenschaften ihres Angebots bewertet werden und welche Anforderungen zu welcher Bewertung führen. Die praktische Herausforderung besteht daher darin, ein abstraktes strategisches Ziel in objektiv überprüfbare Bewertungskriterien zu übersetzen. Dabei sind insbesondere die Bewertungsmethode, die Gewichtung und die Bewertungskriterien bereits in den Ausschreibungsunterlagen klar festzulegen.

RECHTSTIPP



BEGESTELLT
HOER
Prof. Dr. Michael Breitenfeld,
Breitenfeld Rechtsanwälte GmbH & Co KG,
und Mag. Katharina Kos, LL.M., Rechtsanwältin bei
Heid und Partner Rechtsanwälte GmbH
» www.kanzlei-breitenfeld.at
» www.heid-partner.at

STRATEGISCHE ANFORDERUNGEN IN VERTRAGSGESTALTUNG ABSICHERN.

Die strategische Beschaffung darf nicht mit dem Zuschlag enden. Werden strategische Anforderungen in der Ausschreibung festgelegt, muss auch die spätere Vertragserfüllung entsprechend ausgestaltet werden. Andernfalls besteht das Risiko, dass die im Wettbewerb zugesagten Leistungen nach Zuschlagserteilung nicht oder nicht in der vorgesehenen Qualität umgesetzt werden. Dazu können insbesondere Nachweis- und Berichtspflichten, Kontrollrechte oder geeignete Sanktionen gehören. Ein strategisches Kriterium ohne entsprechende Möglichkeit der Kontrolle bleibt letztlich wirkungslos.

RESÜMEE: STRATEGISCHE BESCHAFFUNG BRAUCHT EIN GESAMTKONZEPT.

Die strategische Ausrichtung einer Beschaffung erweitert den Gestaltungsspielraum des öffentlichen Auftraggebers, beseitigt aber nicht die vergaberechtlichen Grenzen. Strategische



Die öffentliche Beschaffung verspricht künftig mehr Gerechtigkeit.

Anforderungen müssen daher insbesondere in einem sachlichen Zusammenhang mit dem konkreten Auftrag stehen, verhältnismäßig und transparent sein und dürfen den Wettbewerb nicht ungerechtfertigt einschränken. Nicht jede gesellschafts- oder umweltpolitisch wünschenswerte Eigenschaft kann automatisch zum Gegenstand einer Vergabeanforderung gemacht werden. Die einzelnen vergaberechtlichen Instrumente dürfen schließlich auch nicht isoliert betrachtet werden. Die strategische

Zielsetzung muss sich daher von der Bedarfsermittlung über die Definition des Auftragsgegenstands und die Leistungsbeschreibung bis hin zu Eignungs- und Zuschlagskriterien sowie gegebenenfalls den Vertragsbedingungen nachvollziehbar durchziehen. Dabei geht es nicht darum, möglichst viele strategische Kriterien aufzunehmen. Eine Vielzahl nicht aufeinander abgestimmter Anforderungen kann eine Ausschreibung sogar erschweren und den Wettbewerb unnötig einschränken. ■

veeam on tour 26

Data & AI Trust CONVERGE for the Agentic Era

→ 6. Oktober | Wien

DETAILS & ANMELDUNG





CAPE 10/APA-FOTOSERVICE/MARTIN LUSSEK

Kostenlose Gesundheits-Checks für Kinder

Die Gesundheit von Österreichs Kindern steht vor wachsenden Herausforderungen: Bewegungsmangel, Übergewicht, ansteigende Diagnosen von Entwicklungsstörungen, psychische Belastungen, Vorsorge und Gesundheitskompetenz beschäftigen viele Familien. Um eine niederschwellige Vorsorge für alle zu gewährleisten, lädt CAPE 10 in Wien am 6. und 7. November 2026 zu den Kindergesundheitstagen. Die Veranstaltung bietet Familien mit Kindern von 0 bis 14 Jahren erstmals in Österreich ein ganzheitliches Angebot, das die Gesundheit von Kindern chancengleich in den Mittelpunkt stellt. Unter dem Motto „Das Gesundheitserlebnis für die ganze Familie“ werden kostenlose Gesundheits-Checks (Sehen, Hören, Zähne, Orthopädie etc.), Mitmachstationen sowie mehrsprachige Vorträge und Beratung geboten. Die Kindergesundheitstage wollen Familien Orientierung geben und die Gesundheitskompetenz stärken. Ergänzt wird das Angebot durch medizinische Beratung, Impulsvorträge und Mitmachangebote für Kinder und Familien. Auch ein freiwilliger Impfpass-Check ist vorgesehen. Fachliche begleitet wird das Event durch ein medizinisches Board sowie u.a. von Uniq, WiG und AK Wien unterstützt.

» www.kindergesundheitstage.at

Jungbürgermeister:innen-Treffen unter dem Uhrturm

Das fünfte Jungbürgermeister:innen-Treffen des Österreichischen Gemeindebundes geht am 12. und 13. November 2026 in der steirischen Landeshauptstadt Graz über die Bühne. Eingeladen sind Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bis zum Alter von 45 Jahren. Auch junge Kolleg:innen aus Deutschland sind willkommen. Bei dem Treffen steht an erster Stelle die Vernetzung und der Austausch untereinander, das zweitägige Programm bietet jedoch auch fachlichen Input. Anmeldungen:

» <https://gemeindebund.at/anmeldung-jungtreffen>



BERND GROSSECK

Ausstellung „Handwerk als Kulturgut“ in Graz u.a. mit der Stoezle Glashütte.

Handwerk als Kulturgut

Ein gemeinsames Projekt der Wirtschaftsabteilung der Stadt Graz, des Graz Museums und der Erlebnisregion Graz rückt das Thema Handwerk und vor allem die Menschen dahinter in den Mittelpunkt. Die Ausstellung „Handwerk als Kulturgut“ auf der Grazer Murinsel läuft bis Mitte November. Ein begleitendes Booklet vertieft die Geschichten und stellt alle ausgewählten Betriebe ausführlich vor. Erhältlich ist dieses auf der Murinsel, bei der Wirtschaftsabteilung der Stadt Graz sowie bei der Tourismusinformation Region Graz. Weitere Informationen unter

Booklet-Download unter

» www.steiermark.com/00_Regionen/07_Region_Graz/PDFs/2026/Booklet_Handwerk_als_Kulturgut.pdf

Österreichischer Städtebund auf der Smart Country Convention

Die moderne Verwaltung, digitalisierte Behörden und vernetzte Städte stehen im Mittelpunkt der Smart Country Convention (SCCON26), die vom 13. bis 15.10.2026 in Berlin stattfindet. Zu den Partnern der Zukunftsmesse für Städte und Kommunen gehört auch der Österreichische Städte-



MESSE BERLIN

Volles Haus mit mehr als 20.000 Teilnehmenden bei der Smart Country Convention in Berlin.

bund, der auf der Messe seine Initiative „Digital souveräne Städte und Gemeinden“ vorstellt. Unter dem Motto „Stadt. Land.Tech“ dreht sich auf der SCCON26 alles um die digitale Transformation im öffentlichen Sektor. In mehr als 1.000 Bühnen-Sessions und zahlreichen Workshops zeigen führende Branchenköpfe bei der Veranstaltung der Messe Berlin, wie Digitalisierung in der Praxis funktioniert und die digitalen Städte und Regionen von morgen entwickelt werden. Erwartet werden mehr als 20.000 Besucherinnen und Besucher.

» www.smartcountry.berlin

Erfolgreiche Gemeindeentwicklung vor dem Vorhang

Das Regionalmanagement Oberösterreich lädt Bürgermeister:innen, Gemeinderat:innen, Amtsleiter:innen sowie Fachkräfte aus der Raumplanung und Bauwesen zu seinem praxisorientierten Praxisformat Stadtregions-Impulsprogramm ein. Am 30. September gibt es eine Projektbesichtigung in Gschwandt zum Thema Ortsentwicklung und stadtregionale Zusammenarbeit in der Stadtregion Gmunden sowie fachliche Begleitung durch Helmut Poppe, Poppe*Prehal Architekten, und Monika Hohenecker, Raum-Impuls. Die Projektbesichtigung „Naherholung mittendrin“ in Wels und Thalheim mit den Schwerpunkten Volksgartenerweiterung, OÖ-Landesgartenschau 2027 und Traunufergestaltung steht am 13. Oktober auf dem Programm. Die fachliche Begleitung erfolgt dabei durch Wolfgang Pichler, Baudirektor Stadt Wels, Gottfried Jakob Struggl, Geschäftsführer Landesgartenschau 2027 und Bürgermeister Christian Haagen aus der Marktgemeinde Thalheim. Die Veranstaltungen zeigen, wie Gemeinden durch strategische Planung, interkommunale Kooperation und gezielte Investitionen Ortszentren stärken, Freiräume aufwerten und Entwicklungsprojekte erfolgreich umsetzen können.

Das Regionalmanagement Oberösterreich bietet Gemeindevertreter:innen diverse Veranstaltungen zu Entwicklungsprojekten in den Gemeinden.

Details und Anmeldung unter

» www.rmooe.at/stadregions-impuls-programm-ooe-2026



Klimaspaziergang in Gallneukirchen im Rahmen des Stadtregions-Impulsprogramm RMOÖ 2026.

Wie entwickelt sich meine Gemeinde? Online-Tool gibt Antworten

Gesamtstaatliche Veränderungen kündigen sich auf kommunaler Ebene oft am schnellsten an und sind hier konkret spürbar. Die Frage nach der Perspektive der Kommunen ist somit besonders spannend – für betroffene Bürger:innen, Entscheidungsträger:innen, Forschende und auch Medien.

Wie hoch sind die Einkommen in Feldkirch? Wie stark wächst die Bevölkerung in Güssing? Wie groß ist die Anbaufläche für Käferbohnen in Weiz? Antworten bietet Statistik Austria. Eine wahre Schatzkiste und besonders nutzer:innenfreundliche Informationsquelle ist das Online-Portal „Ein Blick auf die Gemeinde“.

„Ein Blick auf die Gemeinde“ zeigt, wie amtliche Statistik modern aufbereitet und kommuniziert werden kann. Wie viele Campingplätze gibt es? Wie viele Kinder werden in Tagesheimen betreut? Wie hoch ist eine bestimmte Stadt verschuldet? Das Portal bündelt die für Kommunen und Regionen interessanten Informationen: zu Bevölkerung und Soziales, Tourismus und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Dienstleistungen, Arbeitsmarkt, öffentliche Finanzen und auch zu den Nationalratswahlen.

Die besondere Stärke des Online-Tools: Interaktive Gra-

fiken, Karten und Zeitreihen erleichtern den Zugang zu komplexen Daten. Statistik wird so besonders anschaulich, verständlich und praxisnah aufbereitet. Ein großer Mehrwert liegt auch in der Möglichkeit, Gemeinden miteinander zu vergleichen und im größeren Kontext zu betrachten. Auch Entwicklungen über die Zeit hinweg werden sichtbar. Ist die Bevölkerung jünger oder älter als im Bundeslandschnitt? Wie hat sich die Zahl der Verkehrsunfälle im Vergleich zum Bezirk entwickelt? Wo sind die Durchschnittspreise für Baugrundstücke am höchsten?

„Ein Blick auf die Gemeinde“ macht regionale Unterschiede, langfristige Trends und strukturelle Besonderheiten mit wenigen Klicks sichtbar. Damit schafft das Portal eine verlässliche Grundlage für Analysen, Diskussionen und Entscheidungen – und ein ebenso nützliches wie einfach bedienbares Werkzeug für alle, die Österreichs Gemeinden besser verstehen wollen. ■

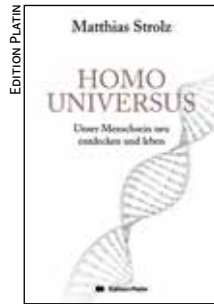
Informationen auf der Website von Statistik Austria

Ein Blick auf die Gemeinde

» www.statistik.at/atlas/blick



Aufbäumen
Conrad Amber
Braumüller Verlag, 368 Seiten
ISBN 978-3- 99100-404-2
Preis: 29,00 Euro



Homo Universus
Matthias Strolz
Edition Platin, 400 Seiten
ISBN 978-3- 90353-841-2
Preis: 29,00 Euro



**Normensammlung
Trinkwasserhygiene in Hausinstallationen**
Austrian Standards (Hrsg.), 288 Seiten
ISBN 978-3- 85402-469-9
Preis: 196,90 Euro

Stadt Begrünung

Wenn Gebäude und Fassaden dank Pflanzen in Grün erstrahlen

Zugegeben, dieses Buch ist nicht mehr ganz neu. Aber angesichts des diesjährigen Sommers und seiner Höchsttemperaturen ist es umso aktueller und wichtiger. Der Autor und Fotograf Conrad Amber begleitete und dokumentierte dafür zahlreiche Begrünungsprojekte. Sein Buch „Aufbäumen“ versammelt diverse innovative Lösungen für eine zeitgemäße Stadtbegrünung auf aktuellem Wissensstand, versammelt eine Vielzahl von Begrünungsvorschlägen für Gebäude, Dachgärten und Fassaden sowie Maßnahmen zur Entsiegelung von Parkplätzen. Amber zeigt auf, wie sich derartige Bepflanzungen positiv auf unser Leben und die Umwelt auswirken, regt dazu an, unsere Städte, Dörfer und persönlichen Lebensräume grüner und damit lebenswerter zu gestalten.

Weckruf

Ex-Politiker Strolz regt dazu an, unser Menschsein neu zu entdecken

Die Menschheit hat dank ihrer Erfahrungen und ihres Wissens die Chance, ihr Dasein neu zu denken und unser Menschsein auf eine nächste Entwicklungsstufe zu heben, meint Matthias Strolz in seinem aktuellen Buch. Der Ex-Politiker und Neos-Gründer entwirft die Vision eines Übergangs vom Homo sapiens zum Homo Universus, zu einem Wesen, das Denken, Fühlen und Handeln ganzheitlich verbindet. Wissenschaft und Spiritualität, Selbstführung und kollektive Verantwortung, Freiheit und Verbundenheit sollen neu und vor allem zusammen gedacht werden. Ausgehend von den großen Krisen unserer Zeit – Klimawandel, technologischer Umbruch, gesellschaftliche Polarisierung –, präsentiert der Autor einen flammenden Appell für ein neues Denken und neue Lebensentwürfe.

Reines Wasser

Die sechs wichtigsten Normen und ein technischer Report

Österreich hat einen besonderen Bezug zu Trinkwasser. Dies wird nicht zuletzt durch das Bestreben ausgedrückt, Trinkwasser möglichst unverändert an den Verbraucher abzugeben. Es bedingt einen besonderen Schutz dieser Ressourcen und größte Sorgfalt von der Wassergewinnung bis hin zum Verbraucher. Die zweite, aktualisierte Auflage dieser Normensammlung präsentiert ein wesentliches Grundlagenwerk für alle, die mit der Planung, der Errichtung, dem Betrieb und der Sanierung von Verbrauchsanlagen befasst sind oder dafür Verantwortung tragen: von Planern und Architekten über Installateure und Haustechniker, Eigentümer und Verwalter bis hin zu Hygienefachkräften, Mitarbeitenden von Labors, Inspektions- und Prüfstellen sowie Sachverständigen und Gutachtern.



Martinetz (Hrsg.)
KI im Unternehmen

2026.
XLIV, 348 Seiten. Br.
ISBN 978-3-214-26799-5

84,00 EUR

inkl. MwSt.

KI ist Chef:innen-Sache

KI für die Unternehmenspraxis:

- Beiträge zu Grundlagen und Anwendungen von KI
- von der Konzipierung bis zur Umsetzung
- konkrete Use Cases zahlreicher Unternehmen

Jetzt bestellen!



AGENTIC QA – KONTEXTBEWUSSTE KI-TESTAUTOMATISIERUNG

Qualitätssicherung für zuverlässige digitale Services

Agentic QA unterstützt Teams dabei, Schwachstellen frühzeitig zu erkennen, Tests kontinuierlich anzupassen und die Qualität digitaler Services nachvollziehbar abzusichern.

WENIGER MANUELLER TESTAUFWAND
KONTINUIERLICHE QUALITÄTSPRÜFUNG
KONTEXTBEWUSSTE, AKTUELLE TESTS

TRANSPARENZ FÜR ENTWICKLUNG, BETRIEB UND GOVERNANCE

- Änderungen und betroffene Bereiche automatisch erkennen
- Testlücken und Risiken nach fachlicher Relevanz priorisieren
- Gezielte Regressionstests ableiten
- Testergebnisse und QA-Trends nachvollziehbar dokumentieren

QUALITÄT KONTINUIERLICH IM BLICK

Agentic QA passt Tests an neue Anforderungen und Veränderungen an und schafft nachvollziehbare Ergebnisse für eine verlässliche Qualitätssicherung.

Entdecken Sie, wie Agentic QA Ihre Qualitätssicherung unterstützen kann →



HAUS DER BARMHERZIGKEIT
Es lebe das Leben.

Geborgenheit bis zum Schluss.

Im Haus der Barmherzigkeit sind wir für rund 1.700 schwer pflegebedürftige Menschen in Wien und Niederösterreich da – mit **professioneller Pflege, medizinischer Betreuung** und dem Ziel, ihre **Lebensqualität** bestmöglich zu erhalten.

Ihre **Spende** hilft unseren Hospizen in Wien und Horn, Menschen in ihrer letzten Lebensphase liebevoll zu begleiten, Schmerzen zu lindern und wertvolle Momente zu ermöglichen. **Damit die Liebe zum Leben bleibt – bis zuletzt.**

Wir
brauchen
Ihre
Hilfe!

**Vielen Dank
für Ihre
Spende!**



hb.at/jetzt-spenden